

# Der Deutsche Metallarbeiter.

## Organ für die Interessen der in der Metall-, Hütten- und chemischen Industrie beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen.

Erscheint wöchentlich Samstags.  
Abonnementpreis pro Quartal 1 M.  
Postzeitungsliste Nr. 1944a.  
Anzeigenpreis die 3 gespaltene Zeile  
40 Pfg.  
Telephon Nr. 535

Redaktion:  
Duisburg, Seitenstraße 1A.  
Erfolg der Redaktion: Montag  
Abend 6 Uhr.  
Zustchriften, Abonnementbestellungen  
u. s. f. an die Geschäftsstelle Seiten-  
straße 1A zu richten.

Eigentum des Christlichen Metallarbeiter-Verbandes Deutschlands!

### Mehr Mitarbeit bei der Unfall- verhütung.

Der moderne Industriebetrieb bringt für die Arbeiter, namentlich aber mit der Steigerung der Intensivität der Arbeitsweise, die verschiedensten Gefahren mit sich, die in ihrer Häufigkeit und Stärke wieder von einander abweichen je nach der Art des einzelnen Industriezweiges. Trotz aller Bemühungen nun, durch besondere Unfallverhütungsmaßnahmen und Vorschriften die Häufigkeit der Unfälle zu vermindern, haben sich von Jahr zu Jahr diese nicht nur prozentual, sondern auch absolut vermehrt, und erstere lassen noch immer den wünschenswerten gemüßigten Erfolg vermissen. Am bedauerlichsten ist aber, daß ein Teil der Unfälle auf das Konto eigener Verschuldung der Arbeiter geschrieben werden muß.

Die Jahresberichte der preussischen Gewerbeaufsichtsbeamten für das Jahr 1906 scheinen der Frage, wie bisher schon der Unfallverhütung besondere Aufmerksamkeit gewidmet wird, und in Zukunft noch mehr gewidmet werden kann, besonderes Interesse zugewandt zu haben. Nur besten gibt wohl der Beamte für den Bezirk Berlin das Verhalten wieder, das die Arbeiter den Schutzvorschriften gegenüber an den Tag legen. Hier heißt es:

Dem Werte und der Bedeutung der Schutzvorrichtungen wird von den Arbeitern leider noch vielfach nicht das wünschenswerte Verständnis und Interesse entgegengebracht, häufig werden sogar Schutzvorrichtungen, weil der Arbeit angeblich hinderlich, entfernt oder unbearbeitbar gemacht. Insbesondere trifft diese Wahrnehmung für Holzbearbeitungs-Werkstätten und solche Schutzvorrichtungen zu, die vor Beginn der Arbeit erst eingestellt werden müssen. Die erwiesene Gleichgültigkeit vieler Arbeiter gegen den Unfallschutz läßt sich nur aus der einförmigen mechanischen Beschäftigung, der Abstumpfung gegen die Gefahr und dem Drange nach höherem Verdienste erklären, der bei der meist üblichen Akkordarbeit durch gewissenhafte Benutzung der Schutzvorrichtungen geschmälert erscheint.

Man kann also das gleichgültige Verhalten der Arbeiter mit aller Schärfe verurteilen, es aber aus den in dem letzten Satze ange deuteten Gründen sich wohl erklären. Wichtigere aber als alles dieses ist die Frage, wie läßt sich durch ein Zusammenarbeiten der verschiedensten Faktoren das Ziel eines besseren Schutzes von Leben und Gesundheit erreichen, und welche Wege sind dabei im besonderen einzuschlagen. Daß dabei in erster Linie die Mitarbeit der Arbeitgeber nicht entbehrt werden kann, betont treffend der Beamte für den industriellen Düsseldorf-Bezirk, indem er sich wie folgt ausspricht:

„Die wirksamste Unterstützung findet das Bestreben, das Interesse der Arbeiter an der Unfallverhütung zu wecken, naturgemäß in der verständnisvollen Mitarbeit der Arbeitgeber und ihrer Beamten. Die häufig zu findenden Hinweise auf die sorgfältige Beobachtung der Unfallverhütungsvorschriften in den Arbeitsordnungen, selbst Androhungen von Strafen bei Nichtbeachtung, sind allein wenig wirksam. Wenn einige Arbeitsordnungen von den älteren Arbeitern verlangen, daß sie Neulinge auf die Gefahren des Betriebes hinweisen und belehren sollen, so wird dieser berechtigete Wunsch doch meist unbeachtet bleiben, sofern nicht eine fortdauernde und unermüdbare Einwirkung durch ihre Betriebsvorgesetzten damit Hand in Hand geht.“

Die Unfallverhütung zu fördern, hat man seitens der Arbeitgeber auf den verschiedensten Wegen versucht. U. a. sind die Arbeiterausschüsse zur Überwachung der Unfallverhütungsvorschriften herangezogen worden, man hat zu diesem Zwecke besondere Kommissionen eingesetzt u. s. w. Wie speziell durch Aussetzung von Prämien aber an der Unfallverhütung wirksam mitgearbeitet werden kann, dafür führt der Trierer Beamte das folgende Beispiel an:

„Eine besonders wirksame Mitarbeit der Arbeiter bei der Verhütung von Unfällen findet sich in den Betrieben eines größeren Hüttenwerkes. In diesem Betriebe ist die Einrichtung getroffen, daß das Ergebnis der aufgestellten Unfallstatistik vorwiegend als Grundlage für die Festsetzung und Verteilung der Jahresprämien an die Meister, Vorarbeiter und Arbeiter angesehen wird. Das geschieht derart, daß diejenigen Meister und Vorarbeiter, welche innerhalb des Jahres die wenigsten und leichtesten Unfälle in ihrer Betriebsabteilung aufzuweisen haben, ebenso wie diejenigen Arbeiter, die sich durch Umsicht und Aufmerksamkeit um die Verhütung von Unfällen verdient gemacht haben, die höchsten Prämien erhalten. Umgekehrt wird bei hoher Unfallziffer die Prämie niedriger bemessen. Die größere oder geringere Gefährlichkeit in den einzelnen Betrieben findet dabei vollen Berücksichtigung. Daß diese Einrichtung sehr segensreich ist und gute Erfolge gezeitigt hat, zeigt eine Zusammenstellung der Unfälle in fünf gleichartigen Anlagen des Regierungsbezirks Trier, in welcher das eben genannte Hüttenwerk mit der Unfallziffer prozentual weit hinter den anderen zurückbleibt.“

Nicht zum wenigsten kommen auch die Gewerbeaufsichtsbeamten und Berufsgenossenschaften dafür in Betracht, bei den Arbeitern das Interesse an der Unfallverhütung zu wecken und zu heben. Diesen beiden Faktoren weist der Beamte für den Düsseldorf-Bezirk die Wege mit folgenden Worten:

„Besonderer Wert ist auf die Einwirkung der Gewerbeaufsichtsbeamten bei Gelegenheit der Untersuchung von Unfällen an Ort und Stelle zu legen; auch gelegentliche Vorträge und Besprechungen bedeutsamer Unfälle und Hinweis auf bewährte Schutzvorrichtungen in den Zeitungen erscheinen empfehlenswert. Die Berufsgenossenschaften sind zwar bemüht, durch das Ausschlagen von Unfallverhütungsvorschriften die Arbeiter über die Unfallgefahren aufzuklären; leider bleiben diese jedoch den Arbeitern meist unbekannt, weil viele die Vorschriften nicht einmal durchlesen. Der Vorschlag, diese mindestens 2 mal jährlich in den einzelnen Betrieben den Arbeitern vorzulesen, erscheint beachtenswert.“

Speziell den Gewerbeaufsichtsbeamten wird man gerne das Zeugnis ausstellen, daß sie es trotz großer sonstiger Inanspruchnahme an Bemühungen nicht haben fehlen lassen, durch Vorträge in Organisationen, auf Bildungskursen oder wo sich ihnen sonst eine Gelegenheit bot, im Sinne einer Hebung des Verständnisses für eine bessere Unfallverhütung bei den Arbeitern tätig gewesen zu sein.

Ganz besonders kommen aber bei der Unfallverhütung die Arbeiter selbst und ihre Organisationen in Betracht. Und da wird wiederholt hervorgehoben, daß speziell letztere sich durch Aufdeckung von Missetänden, Belehrung ihrer Mitglieder, Angabe praktischer Maßnahmen ein großes Verdienst erworben haben. Der Düsseldorf-Bezirk glaubt dabei aber nicht verschweigen zu sollen, daß bei der Publikation von Missetänden in der Tagespresse der Wunsch, eine Verminderung der Unfallgefahren herbeizuführen, anscheinend nicht immer allein das treibende Element war.“ Wie speziell auch durch

Pflege der Unfallstatistik die Arbeiterorganisation an der Unfallverhütung mitarbeiten können, das nennt der Breslauer Beamte das folgende Beispiel:

„Im Berichtsjahre hat nun auch die Abteilung des deutschen (soziald.) Holzarbeiterverbandes begonnen, eine Statistik der Unfälle aufzunehmen, welche sich in den Betrieben, in denen ihre Mitglieder beschäftigt sind, ereigneten. Diese Statistik führt in erster Linie deswegen neben den amtlichen und berufsgenossenschaftlichen Zählungen eine selbständige Bedeutung für sich in Anspruch, weil außer der Schwere und der Art der Unfälle auch der Wochentag und die Stunde, in welcher sie sichgetragen, verzeichnet. Dann aber muß dieses Verzeichnis darum begrüßt werden, weil durch diese Statistik, welche selbst aufzunehmen die Arbeiter ihrer Gewerkschaft veranlaßt wurden, die Aufmerksamkeit in intensiver Weise auf den Gegenstand gelenkt und ihnen Anlaß zu besonderer fortgesetzter Aufmerksamkeit und Vorsicht gegeben wird. Außerdem aber kommt in Betracht, daß die Statistiken gut organisierten Arbeitervereine nicht ohne Einfluß sein kann auf das Verhalten eines jeden auf einen friedlichen Fortgang seines Gewerbes bedachten Unternehmers.“

Vorstehend konnten nur einige lehrreiche Einzelheiten aus den Berichten der Gewerbeaufsichtsbeamten hervorgehoben werden. Den Arbeiterorganisationen bleibt es nun überlassen, auf Grund der in den Berichten enthaltenen reichen Materials in der eigenen Erfahrung durch Vorträge in den Betrieben, auf Kursen u. d. Arbeiter über die Unfallgefahren und über das richtige Verhalten gegenüber denselben näher aufzuklären. Die Arbeiter vor der Unfallgefahr immer mehr zu bewahren, die von Jahr zu Jahr steigend über sie herflutet und tausende von Menschenleben nicht allein bedroht, sondern auch Familien in Not und Bedrängnis bringt, ist eine Arbeit, die allen Schweißes wert ist. Die Gewerkschaftsarbeit erschöpft sich nicht lediglich in der Regelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse; die oben gezeichnete Aufgabe ist nicht minder wichtig. Gewerkschaftsarbeit, die fortlaufend betrieben werden muß. Insbesondere muß in den Versammlungen der Organisationen diese wichtige Frage die gebührende Berücksichtigung finden.

### Sozialdemokratischer Ruf nach Religion

Einen tieferen Einblick in die geistige Oede und Leere der hinter den sozialdemokratischen Phrasenmachern herflutenden Arbeiterkreise gestattet ein Artikel „Sozialdemokratische Religion“ des Genossen Edmund Fischer in der „Neuen Gesellschaft“ (3. Jahrgang, S. 146 ff.).

Der Artikel bestätigt den vollen Bankrott der sozialdemokratischen Religionsfeindlichkeit, den Zusammenbruch jener oberflächlichen Meinung, daß die materialistische Weltanschauung oder die politische Bewegung geeignet sei, dem Menschen als Ersatz der Religion zu dienen. Von beiden quittiert Genosse Fischer, daß sie vollauf versagt haben.

Verjagt hat in dieser Hinsicht der Sozialismus. Will man die Tragweite dieses Eingeständnisses voll erfassen, so erinnere man sich nur jener drohenden Phrasen, mit denen die sozialdemokratischen Hauptorgane wie der „Vorwärts“ den Sozialismus als den Erlöser und Heiland der Menschheit zu feiern pflegen. Auch Fischer gesteht: „Der Sozialismus wurde bei seinem ersten Auftreten von den Arbeitern wie eine neue Religion begrüßt“ und nun

Tant mit mitleidig lacheln, wenn wir von ihm hören, daß in den Kreisen der Genossen christliche Hoffnungen („Chiliasmus“: Lehre vom tausendjährigen Reich) rege waren auf baldiges Eintreffen des tausendjährigen Reiches des Glückes, dessen nahen Anbruch ja Bebel als Prophet verkündet hatte.

„Der nicht sehr ferne „Tag“, der die Erlösung von allem Uebel bringen werde, war einst die Verheißung, an die wir alle glaubten. Auf diesen Tag warteten wir, feinetwegen agitierten, organisierten, kämpften, bildeten wir. Ein sehr bekannter Partigenosse, kein Arbeiter, ein „Intellektueller“ erzählte mir einmal, er habe sich bei seiner Verheiratung in keine Lebensversicherung aufnehmen lassen, weil er fest daran glaubte, der „Tag“ werde bald kommen, der eine solche Versicherung hinfallig mache. Ich gestehe, mir ging es gerade so! Dieser Glaube, diese Hoffnung gaben unserer Bewegung einen „religiösen“ Charakter.“

Wann solcher Wahnglaube aus Kommen des tausendjährigen Reiches am grünen Holze der Intellektuellen möglich war, wie erst am dürren Holze der Nicht-Intellektuellen! Da kann man sich vorstellen, welche furchtbare Ernüchterung eintreten mußte, als Bebel, der Prophet, seinen Zukunftswechsel prolongieren mußte. Damit hat der Sozialismus als Religion Schiffbruch gelitten.

Doch da konnte man ja nach einem Ersatz sich umsehen: das war die politische Arbeit, das Streben nach der Herrschaft im Parlamente. Der große Erfolg der Wahlen von 1903 schien die Gewähr für baldige Erreichung des Zieles. Aber auch das erwies sich als trügerische Hoffnung, welche die Wahlen von 1907 gründlich zertrümmerten. Für die Wirkung des Wahlausfalls ist ungemein bezeichnend das diesbezügliche Eingeländnis, das von derselben „Neuen Gesellschaft“ unmittelbar unter dem Eindruck des Wahlergebnisses geschrieben wurde.

„Diejenigen unter den Parteigenossen, für die der politische Kampf im wesentlichen eine ganz persönliche Angelegenheit ist, und erst in zweiter Linie ein Kampf um allgemeine Ziele und Menschheitsideale, für die der Zuwachs an Reichstagsmandaten ein Zuwachs an Hoffnungen auf bessere Arbeits- und Lebensbedingungen bedeutet, für die politische Ueberzeugung, genau wie der religiöse Glaube, mit dem tiefsten Vertrauen in die Sache, der sie dienen, verbunden ist, — alle diese, und deren Zahl ist nicht gering, traf der 25. Januar wie ein Keulenschlag. Wenn sie sich von der ersten Beidung erholt haben werden, wird ihnen die Welt entgöttert, das armeneliche Leben vollends leer und öde erscheinen.“

Daß das in der Tat der Fall ist, daß weder politische Agitation noch vollends der armenelig öde und leere Materialismus den geistigen Hunger des Menschen stillen kann, bestätigt Genosse Edmund Hüger. Er erzählt, daß im Königreich Sachsen, als der Genosse Stern einige Vorträge hielt über das Thema: Gibt es einen Gott? die Genossen scharenweise zusammenliefen, nicht bloß aus Neugier auf eine etwaige Abfertigung von opponierenden „Pfaffen“, sondern — das lassen wir den Genossen überlassen —

„Wer die Eberdenkmalungen verfolgt hat, das große und nachhaltige Interesse, das sie fanden, und ihren Widerhall beobachtete, der muß zugeben, daß hier noch etwas anderes mitwirkte, als rein wissenschaftliche Neugier oder Freude am Sensationellen, an den Wortkämpfen der Redatoren, ein etwas, das man am richtigsten bezeichnet, wenn man es nennt: „Ein großes religiöses Bedürfnis.“

Genoss, der Meinung stand wir auch; denn es ist ja eine uralte Wahrheit, daß die Frage: Gibt es einen Gott? den Menschen nicht zur Ruhe kommen läßt, mag er auch noch so viel sozialdemokratische Broschüren verschluckt und mit materialistischen Redensarten sich vollgestopft haben. Das religiöse Bedürfnis ist da und bleibt bestehen und wo ihm keine Befriedigung geboten wird, je nun, da tritt ein, was Genosse Fischer ebenfalls schreibt: „Die große Masse, besonders in den öden Jährbüchern, empfindet mit der Zeit eine innere geistige Leere, die leicht zum Pessimismus und zur Freundlosigkeit führt.“

Genoss ja! Aber dieser Pessimismus, diese Freundlosigkeit, sind sie nicht gerade der Nährboden, aus dem der Fatalismus, der Revolutionarismus entspringt?

Und der Ausgang ist dann immer ein Ende mit Schrecken. So kann es nicht weiter gehen? „Denn“, wie Genosse Hüger: „Wenn wir den religiösen

Bedürfnis“ der Masse unserer Anhänger nicht entgegenkommen, können wir einmal eine große Enttäuschung an ihnen erleben! Es genügt nicht, die große Masse geistig aufzurütteln, ihr den alten Kirchenglauben aus dem Herzen zu reißen — dem Kickerreißen muß auch ein Aufbauen folgen!“

Nun geht der Genosse auf die Suche nach einem Surrogat für die Religion. Und da fällt ihm der Goethesche Vers ein: „Wer Wissenschaft und Kunst besitzt, der hat Religion; wer diese beiden nicht besitzt, der habe Religion.“

Es ist ein altes Rezept, das der Genosse da vorschreibt und Genosse Fischer hätte besser getan, ehe er sich als sozialdemokratischen Hausarzt auftat, vorher die Geschichte seines Medikaments zu studieren, ob es sich denn je bewährt hat bei denen, die diese Mischung genommen haben! Er würde dann gefunden haben, daß diese Arznei schon bei ihrem Erfinder Goethe wie bei ihrem Verehrer D. F. Strauß und bei allen, die darin einen Ersatz suchten, für die Religion, kläglich versagt hat. Die „innere geistige Leere, die leicht zum Pessimismus und zur Freundlosigkeit“ führt, kann mit diesem Arzneimittel so wenig behoben werden, als ein Toter durch homöopathische Monit-Pillen ins Leben zurückgerufen werden kann; dagegen hilft nur eines: die wirkliche echte, christliche Religion.

### Das Ende der Maschinenarbeiterbewegung im Maingebiet.

Wohl selten dürfte eine Bewegung der um bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen kämpfenden Arbeiter so unbeholfen, so leichtfertig injiziert und wieder unterbrochen worden sein, wie die der Metallarbeiter in der Offenbacher Maschinenindustrie. Im vorigen Jahre schrieben wir anlässlich der Formerbewegung, mit Bezugnahme auf die hiesigen sozialdemokratischen Metallarbeiterverbandsführer:

„Es wird immer klarer, daß die „freien“ Gewerkschaften nur nach der Magime geleitet werden, möglichst den Mund zu tun, wenn eine Bewegung injiziert wird, um Bauernfang unter den Arbeitern zu treiben und nachher ein gutes Geschäftchen für die Partei zu machen.“

Wie im vorigen Jahre die Formerbewegung, so wurde in diesem Jahre die Maschinenarbeiterbewegung mit großem Lantam eingeleitet. Bei Beginn der Bewegung nahm der Bezirksleiter des sozialdemokratischen Metallarbeiterverbandes den Mund recht voll. Dem Sinne nach sagte er in diesem Jahre vor der Maschinenarbeiterbewegung das selbe, was er damals vor dem Formerteil sagte, um den Leuten vorher die Aussichten auf Erfolg im richtigen Lichte erscheinen zu lassen, so daß man fast versucht ist, zu glauben, er habe sein Sprüchlein auswendig gelernt.

Damals sagte er: „Wir werden in keinem Punkte nachgeben, und nicht nach Ransja gehen.“ Dabei ging der ganze Putz in der blamabelsten Weise aus. In diesem Jahre sagte derselbe „freie“ Führer, unter Anwendung des größten Phrasenschwalls vor der Maschinenarbeiterbewegung: „Was wir fordern, ist gerecht, wir lassen uns nicht abspenken.“ Er unterließ es aber auch, vorher auf die Schwierigkeiten hinzuweisen, welche den Arbeitern event. entgegenzutreten könnten, trotzdem er sie vorher kannte. Waren doch eine ganze bedeutende Anzahl in Frage kommen über Arbeiter, darunter die erfahrensten und ältesten Gewerkschaftler, welche vorher darauf hinzuweisen und von einem Streik abrieten.

Aber heute wie damals verstand es der Genossenschaftsführer, die Leute zu fanatisieren. Mit Feuereifer, um das in einer am 7. Juni stattgefundenen Genossenschaftsversammlung gesprochene Wort eines sozialdem. Gewerkschaftlers zu gebrauchen, trieb der soziald. Führer Ehrler in den Streik. Und ebenso wie damals, suchte er auch jetzt den Leuten nach der verlorenen Bewegung Maulkorb zu machen, daß man nicht alles auf einmal erreichen könne, sondern Schritt für Schritt vorgehen müsse.

Nur der Unterschied ist dabei, daß er es damals auf eigne Faust, bei der jetzigen Bewegung aber unter Aufsicht und mit Unterstützung des Hauptverbandesmitglieders Reichelt tat.

Zuerst suchte man es von Seiten der roten Streikleitung so darzustellen, als ob es ein Leichtes sei, die 12stündige Arbeitszeit und dazu eine 10prozentige Lohnerhöhung zu erreichen. Trotzdem sich die Fabrikanten kurz nach erfolgter Kündigung der Arbeiter und diesbezüglichen Verhandlungen bereit erklärten, die 12stündige Arbeitszeit und eine 5pro-

zentige Lohnerhöhung zu gewähren, setzten sich die freien Führer auf's hohe Ross. Sie machten nicht den geringsten Versuch, im dem Augenblick schon den Leuten klar zu machen, daß es besser sei, vorläufig mit dem Vorlieb zu nehmen, was auf friedlichem Wege zu erreichen sei. Im Gegenteil. „Wir lassen uns nicht abspenken“, so hatte der rote Ehrler gesagt, und darnach wurde auch gehandelt. Es mußte zuerst 7 Wochen gestreikt, eine Reihe unbeteiligter Arbeiter ausgesperrt, die Arbeiter selbst müde gemacht werden. Erst dann gab man sich mit dem, was die Fabrikanten geboten und noch mit vielem weniger zufrieden. Erst als von Stuttgart aus der „berühmte Wind“ mit dem Jaunpfaß, ja selbst der Oberbrunser Reichelt — wie die eigenen freiorganisierten Arbeiter in der Versammlung am 7. Juni diesen selbst nannten — kam, hatte man auf einmal herausgefunden, daß man Schritt für Schritt vorwärts gehen müsse und nicht alles auf einmal erreichen könne.

In sehr deutlichen Worten und mit Ausdrücken, wie: „Schuste, Lump, Verräter, Oberbremser, Spitzhube“ usw. begleitet, wurde den Metallarbeiterverbandsführern denn auch in den oben angegebenen Versammlung gesagt, warum man dieses denn nicht eher gejagt und auf die Schwierigkeiten hingewiesen hätte. Darauf wußten die „Herrn“ Ehrler und Genossen allerdings keine Antwort. Mit Ausdrücken wie: „Tollpatzch usw.“ suchte dieser nach echter „Genossenart“ diese Auser und Fragesteller mundtot zu machen.

Ähnlich so, ja noch weit interessanter ging es in der Streikversammlung am 13. Juni, wo die am 7. versagte oder ausgenutzte Kremsse von neuem und zwar mit „Erfolg“ angezettelt wurde.

Hier zeigte sich so recht die Unfähigkeit der Sozialführer. Die Geister, welche sie gerufen, wurden sie nicht los. Fast schien es, als sollte es den „Herrn“ an den Stragen gehen. Hier zeigte es sich, wie weit die Leute ihre eigenen Kollegen fanatisiert hatten, so daß von einer Führung und Disziplin überhaupt keine Rede mehr sein konnte.

Derselbe Ehrler, der vor dem Streik den Arbeitermassen schmeichelte um sie in den Streik hegen zu können, verriet jetzt diesen an der Nase herumgeführten und betörten Arbeitern die schwersten moralischen Fustritte. Bezeichnete er die Maschinenarbeiter doch als eine disziplinslose Masse, die vom Streik nichts versteht, und es ihm jetzt in erster Linie zur Aufgabe mache, an deren Schulung und Bildung zunächst zu arbeiten.

Daran zu denken, daß er damit sich selbst vor aller Welt blamierte, kommt diesem Strategen anscheinend nicht in den Sinn. Auch nicht, daß wenn Disziplinslosigkeit unter den Massen eingerissen war, diese lediglich auf das unverantwortliche Gebahren seiner selbst und der übrigen Obergenossen zurückzuführen ist. Doch die Höhe der Unfähigkeit oder besser gesagt der Unverschämtheit haben diese sogenannten Führer damit erstiegen, daß sie auch nach dem Streik die unter Demütigungen in die Betriebe geschickten Arbeiter über die Vorkommnisse im Dunkeln tappen lassen wollten.

Den Beweis hierfür liefert das Schlussprotokoll der gemeinsamen Sitzung der Arbeitgeber und Arbeitnehmerkommission vom 13. Juni und das Verhalten der soziald. Arbeiterführer nach Wiederaufnahme der Arbeit. Zum besseren Verständnis des Wortes, lassen wir hier die beiden Schlussprotokolle der gemeinschaftlichen Kommissionssitzungen folgen. Das eine derselben datiert vom 11. Juni und lautet wie folgt:

„Nach längerer Beratung wurde bezüglich des einzigen noch strittigen Punktes: Forderung einer weiteren generellen Lohnerhöhung, folgende Vereinbarung erzielt:

„Jede weitere allgemeine Lohnerhöhung wird abgelehnt. Es sollen jedoch in den einzelnen Betrieben nach Wiederaufnahme der Arbeit, die Löhne einer Durchsicht unterzogen und eine Lohnerhöhung in all den Fällen gewährt werden, in denen die Leistungen des betr. Arbeiters eine solche angemessen erscheinen lassen, wie dies auch bisher (?? D. Verf.) stets gehandhabt worden ist. — Wiedende Vorschriften über die Höhe der Lohnzulagen können jedoch den einzelnen Betrieben nicht gemacht werden.“

Bedeutete dieses Protokoll, für die Herrn, welche mit so großem Phrasenschwall die Bewegung eingeleitet und davon geredet hatten, daß sie sich nicht abspenken lassen würden, eine schmachvolle Niederlage des „freien“ Metallarbeiterverbandes und dessen Führer, sowie ein glänzender Sieg der Fabrikanten, so wurde die Niederlage nun noch jenseitig schmachvoller.

Der Sieg der Beschäftigten um so bedeutungsvoller als der Vorsitzende der „Genossenschaftskommission“ in der am 13. Juni stattgefundenen gemeinschaftlichen Kommissionsitzung wohl oder übel zugeben mußte, daß folgendes in das Schlussprotokoll aufgenommen wurde:

„Der Münberger erklärt namens der Arbeitnehmerkommission:

„Heute hat eine Streikversammlung die Vereinbarungen der beiderseitigen Siebenerkommission angenommen. Die Arbeiter sind bereit, die Arbeit am Montag, den 17. d. Mts. wieder aufzunehmen. — Sie sprechen den Wunsch aus, daß das Arbeitsverhältnis in Zukunft so betrachtet werden soll, als ob die Einstellung der Arbeit nicht erfolgt wäre.“

Der Schmalz erklärt namens der Arbeitgeberkommission:

„Unsere Auftraggeber haben sämtliche von den beiden Kommissionen gefaßten und in den Sitzungsprotokollen niedergelegten Beschlüsse genehmigt.“

Auf Grund der vorstehend abgegebenen Erklärungen wird von den Unterzeichneten die Lohnbewegung als beendet erklärt unter der Voraussetzung, daß in allen Betrieben, sofern sie dem Verband der Metallindustriellen in Frankfurt am Main und Umgegend angehören und an der Lohnbewegung beteiligt waren, sei es durch Streik oder Aussperrung, die Arbeit bis spätestens Montag, den 17. Juni d. J., vormittags zur gewohnten Stunde zu den seitherigen oder den von uns vereinbarten Bedingungen wieder aufgenommen wird.

Offenbach a. M., 13. Juni 1907.

(Folgen die Unterschriften).

Am Samstag, den 15. Juni erließen nun die Fabrikanten teils durch Anschlag, teils durch Verteilung von Flugblättern folgende Bekanntmachung: „Wir teilen unseren Arbeitern hierdurch mit, daß nunmehr in Offenbach zwischen den Arbeitgebern und streikenden Arbeitern eine Verständigung erzielt worden ist. Dieser zufolge wird die Wiederaufnahme der Arbeit am Montag, den 17. Juni d. J. vormittags zur gewohnten Stunde unter den zwischen den Kommissionen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer vereinbarten Bedingungen erfolgen. Eine Kündigungsfrist wird für die nächsten 14 Tage ausgesetzt, da den erwähnten Vereinbarungen gemäß die Aufnahme der Arbeit nur unter der Voraussetzung erfolgt, daß in allen Betrieben, sofern sie dem „Verband der Metallindustriellen in Frankfurt a. Main und Umgegend“ angehören und an der Lohnbewegung beteiligt waren, sei es durch Streik oder Aussperrung, die Arbeit am Montag, den 17. Juni d. J. aufgenommen wird.“

Schließlich ist wohl selten eine Lohnbewegung verlaufen. Draufsteher ist aber auch wohl selten zu Tage getreten, wie die freien Verbandsführer mit den Arbeiterinteressen umspringen. Doch wie die Deute jetzt noch die irreführenden Arbeiter an der Nase herumzuführen und „Schafskopf“ mit ihnen zu spielen suchen, übersteigt alle Grenzen.

Trotzdem aus vorstehenden Protokollen so deutlich wie nur jemals hervorgeht, daß die Obergewalt selbst unter den größten Demütigungen das Todesurteil der Arbeiter bei dieser Bewegung unterzeichnet — bedingungslos — unterzeichnet haben, gehen sie jetzt in Werkstättenversammlungen und in der Parteipresse hin und suchen den Arbeitern vorzureden, die Arbeiter hätten, wenn auch nicht den erhofften, so doch „einen Sieg“ errungen.

Schlimmer ist wohl niemals auf die Dummheit der Arbeiter spekuliert worden als hier. Hat man doch versucht, trotz der öffentlichen Bekanntgabe der sogenannten Abmachungen den Leuten weiß zu machen, sie könnten jetzt durch die Arbeiterausschlüsse in den einzelnen Betrieben mit den Unternehmern auf Erhöhung der Löhne im allgemeinen usw. reden.

Darum erlebten es auch verschiedene solche, die am Montag, den 17. d. J., nach Wiederaufnahme der Arbeit auf diesen Leuten ihrer Führer getroffen waren, daß ihnen von den betreffenden Fabrikanten schlankweg gesagt wurde, darauf ließen sie sich nicht ein, da solches in den Abmachungen nicht niedergelegt sei. Sie hätten die Arbeiter ja nicht um Wiederaufnahme der Arbeit gebeten, sondern diese seien von selbst gekommen. Von dem Wahn, den die Führer ihnen beigebracht hatten, befreien, legten denn auch wieder eine Anzahl Genossen am Mittwoch desselben Tages die Arbeit nachmals nieder. Jetzt hatten diese

Deute der Dinge, die da kommen sollen. Aufschreien stehen die „Führer“ ratlos da; denn als die betr. Arbeiterauschlußmitglieder diese sprechen wollten, waren diese nicht aufzufinden!!! Ob sie, wenn dieser Artikel erscheint, sichtbar geworden sein werden, wissen wir noch nicht.

Inzwischen sind eine Menge Maßregelungen von Genossen seitens der Fabrikanten vorzunehmen worden. Die „freie“ Verbandsleitung rühmt sich scheinend kaum einen Finger, um diese Deute zu führen. Gemäßigtere Modellstreiker stehen an den Türen der Werkstätten und bitten um Arbeit, als Hilfsarbeiter, Hoffreier usw. Ebenso eine Anzahl der am Streik beteiligten gewesenen Arbeiter anderer Berufe. Bis zu 50 an einem Fabrikator wurden in einem Tage beobachtet.

So haben denn wieder die „Führer“ des „großen Verbandes auf löcherigen Füßen“ den Beweis erbracht, daß sie total unfähig sind, auch nur in etwa die Lage der Arbeiter zu bessern. Das „Erreichte“ nach Schluß des 7wöchentlichen Kampfes wollen wir mit den Worten des Metallarbeiterverbandesgenossen Tonges, die dieser in der Versammlung am 7. Juni aus sprach, bezeichnen, die also lauten:

„Wir haben nichts erreicht, dieses haben uns die Fabrikanten schon vor dem Streik geben wollen. Von einem Sieg könne keine Rede sein. Davon zu reden sei lächerlich. Nicht ein halbes Malter Kartoffeln für den Herbst haben wir erreicht. Der Berg (der große Metallarbeiterverband. D. Verf.) habe wieder einmal ein Mäuslein geboren. Alles „Erreichte“ geht in einen Fingerhut!!!“

Diesem brauchen wir nichts mehr hinzuzufügen, es spricht für sich. — Doch unsere Kollegen und alle uns noch fernstehenden schwankenden Metallarbeiter allerorts sollen aus diesen Vorgängen im roten Lager eine Lehre ziehen. Klein anderer als der christl. soziale Metallarbeiterverband kann für denkende Metallarbeiter und Gewerkschaftler in Frage kommen.

T. D.

## Der Arbeitsmarkt in der Metallindustrie.

(Monat Mai 1907.)

In der Roheisenerzeugung war im Berichtsmonat die Beschäftigung und die Abnahme des Roheisens im allgemeinen gut. Aus einem großen Betrieb Oberschlesiens war berichtet, daß der Versandt gegen den Vormonat etwas geringer war, doch war er stärker als im Mai 1906.

Die Eisengießereien hatten den Berichten zufolge gut zu tun, der Geschäftsgang war vielfach besser als zur gleichen Zeit des Vorjahres. Arbeitermangel wird besonders aus Schlesien gemeldet. In Bayern war eher ein Ueberangebot an Arbeitskräften zu verzeichnen. Die Stahlwerke waren für Stahlfabrikation nach wie vor reichlich mit Aufträgen versehen. Sowohl aus Nordwestdeutschland als auch aus Oberschlesien wird Arbeitermangel berichtet. In Oberschlesien wurde im Zusammenhang damit teilweise mit Ueberstunden gearbeitet, in einem großen Betrieb Nordwestdeutschlands wurde die erforderliche Ueberarbeit durchweg von den Arbeitern verweigert.

Im übrigen war der Geschäftsgang in den Stahl- und Walzwerken landauernd günstig. Der Arbeitermangel dauerte an.

Die Werke des rheinisch-westfälischen Bezirks waren fast durchweg gut beschäftigt. Mithalben herrschte Mangel besonders an geschulten Arbeitskräften, ein Betrieb war genötigt, mehr ausländische (italienische) Arbeiter einzustellen. Die Löhne wurden vielfach weiter erhöht. Im Saargebiet war die Beschäftigung nach dem vorliegenden Bericht außerordentlich gut, so daß mit aller Anspannung gearbeitet werden mußte. Im Zusammenhang mit dieser guten Beschäftigung machte sich starker Mangel an Arbeitern fühlbar. Die Arbeitslöhne stiegen dabei fortgesetzt. In einem großen Betrieb war die Produktion und Ablieferung infolge Kohlen-, Erz- und Wagenmangels geringer, als sie hätte sein können. In Sachsen war die Beschäftigung wie im Vormonat zufriedenstellend und wesentlich besser als im Vorjahr, doch zeigte sich einem Bericht zufolge eine Zurückhaltung der Händler bei Neuabschlüssen in Walzweilen. Die obereschlesischen Werke waren gut mit Aufträgen versehen. Auch hier zeigte sich Arbeitermangel, hervorgerufen durch den günstigen Geschäftsgang. In mehreren Betrieben mußten Lohnerhöhungen durchgeführt werden, um Arbeitsaufkündigungen zu vermeiden.

Die Bandisenwalzwerke Rheinland-Westfalens hatten in den Monaten Januar bis Mai gut zu tun. Arbeitermangel war nach wie vor vorhanden, jedoch nicht in solchem Maße wie im Vorjahr zur

gleichen Zeit. Gegen Frühjahr 1906 wegen der Ernte um ungefähr 10 Prozent. In den Röhrenwerken hielt der gute Geschäftsgang des Vormonats Mithalben fehlten Arbeitskräfte. Die Mithalben waren den vorliegenden Berichten zufolge beschäftigt. Der bereits in den Vormonaten richtete Arbeitermangel hielt an. Die beschriebene Geschäftslage in den Mittelwalzwerken erfuhr gegen den Vormonat keine Veränderung.

Aus der Drahtindustrie lauten die Berichte schieden. Nach der Mehrzahl der Berichte war Beschäftigung im Berichtsmonat noch gut, wenn gegen den Vormonat teilweise eine Verschlechterung herbeigeführt insbesondere durch Rohstoffmangel, bemerkt war. Nach einem Bericht aus Norddeutschland ist die Lage weniger günstig, da Bedarf erheblich zurückgegangen ist, sowohl im Land als auch im Ausland. Aus der Drahtindustrie wird ein nicht befriedigender Geschäftsgang berichtet.

In der Kleinindustrie hielt im allgemeinen der gute Beschäftigungsgrad des Vormonats an. In dem Renscheidter Bezirk wird gemeldet, daß die Beschäftigung zwar gegen die Vormonate lebhaft wurde, aber nicht die Höhe des Vorjahres erreichte. Besonders aus einem Betrieb Westfalens wird ein gewöhnlicher Arbeitermangel gemeldet. Er war so groß, daß einzelne Arbeitsstätten nur mit Mühe im Betrieb gehalten werden konnten, andere sogar ganz stillgelegt werden mußten. Im Renscheidter Bezirk haben die Handseilhaner und Feilen Schleifer eine Lohnerhöhung von je 5 Prozent durchgesetzt, die Löhne der Sägenschleifer wurden durchgängig um 5 bis 15 Prozent erhöht. In einem großen Dresdener Betrieb wurden die Löhne und Stundenlöhne der Maschinenarbeiter der Holz- und Nieten- und Mutterpresserei erhöht. In der Maschinenindustrie gingen dem Bericht zufolge im Monat April und Mai die Aufträge sehr spärlich ein, jedoch teilweise mit verkürzter Arbeitszeit gearbeitet werden mußte, in manchen Betrieben fanden auch Arbeiterentlassungen statt. Die Mithalben- und Metallwarenfabrikation war mit Aufträgen gut versehen.

Der allgemeine Maschinenbau hatte wie im Vormonat im allgemeinen gut zu tun. Auch die Beschäftigung im Obereschlesien gemeldete Abschwächung des Geschäftsganges ist verschwunden. In Offenbach am Main war schon seit einiger Zeit eine Lohnbewegung im Gang, in deren Verlauf ein großer Teil der dort in der Maschinenfabriken beschäftigten Arbeiter ausständig wurde. Daraufhin wurde auf Veranlassung des Verbandes der Metallindustriellen in Frankfurt am Main und Umgegend in den dem Verband angehörenden Betrieben 60 Prozent der Arbeiter, vornehmlich Organisierte, auf Ende Mai gekündigt.

Die Dampfesselfabriken und Armaturwerkstätten waren reichlich mit Aufträgen versehen. Die Beschäftigung war vielfach besser als zur gleichen Zeit des Vorjahres. An guten Arbeitern herrscht überall Mangel. Stellenweise fanden Lohnerhöhungen statt. Die Industrie der Wärmekraftmaschinen zeigte keine Veränderung in der guten Geschäftslage des Vormonats. Aus Bayern wird immer noch über den Mangel an tüchtigen älteren Arbeitern geklagt, junge Kräfte bieten sich mehr als nötig an. In Fabriken für landwirtschaftliche Maschinen waren im wesentlichen befriedigend beschäftigt. Fast überall wurde das Angebot an Arbeitskräften die Nachfrage aus. Haben werden Lohnerhöhungen gemeldet. Der Geschäftsgang im Lokomotivbau wird als durch aus befriedigend geschätzt. In einem großen Betrieb Mitteldeutschlands war teilweise die Einlegung vollständiger Nachtschichten erforderlich; in manchen Abteilungen wurde regelmäßig mit Ueberstunden gearbeitet. Der Maschinenbau für die Textilindustrie hatte wie im Vormonat gut zu tun. Teilweise fehlten immer noch gelernte Arbeiter. Die Nachfrage nach Woll- und Waschmaschinen war wie im Vormonat im allgemeinen gut. Teilweise wurde die Löhne erhöht. Die Betriebe, die Maschinen für die Zuckerindustrie herstellen, waren den Berichten aus Mitteldeutschland zufolge normal beschäftigt. Stellenweise trat gegen das Vorjahr aber eine Verschlechterung ein. Die Bergwerksmaschinenindustrie war reichlich mit Aufträgen versehen. In einem großen mitteldeutschen Betrieb war das Angebot an Arbeitskräften nicht ausreichend, im Zusammenhang damit wurde teilweise mit Ueberstunden gearbeitet. Die Beschäftigung in der Baumaschinenindustrie war reichlich mit Aufträgen versehen. In einem großen mitteldeutschen Betrieb war das Angebot an Arbeitskräften nicht ausreichend, im Zusammenhang damit wurde teilweise mit Ueberstunden gearbeitet. Die Beschäftigung in der Baumaschinenindustrie war dem Bericht aus Altona zufolge gut wie im Vormonat und besser als in der gleichen Zeit des Vorjahres. Die Nachfrage nach Arbeitern konnte befriedigt werden. In der Industrie für Hebezeuge und Transportanlagen hielt der gute Geschäftsgang der Vormonats an, er verbesserte sich sogar stellenweise. Vielfach waren Ueberstunden und Nacharbeit erforderlich.

Im Eisenkonstruktions- sowie im Maschinenbau herrschte den Berichten zufolge ein guter Geschäftsgang. Im allgemeinen genügte das Angebot

Von Arbeitskräften nicht, besonders fühlbar machte sich der Arbeitermangel in Nordwestdeutschland. Ein ähnlich guter Geschäftsgang zeigte sich in der Industrie für Eisenbahn- und Schiffbaumaterial. Auch hier wird über Arbeitermangel geklagt. Der Schiffbau war nach dem Bericht aus Stettin wie im Vormonat gut beschäftigt.

Im Lokomotivbau hielt der recht gute Geschäftsgang der Vormonate auch im Berichtsmonat an, er war durchweg besser als im Mai 1906. Damit steht in Verbindung, daß die Zahl der beschäftigten Arbeiter gegen das Vorjahr fast überall beträchtlich vermehrt werden konnte. An Spezialarbeitern war Mangel.

Der Eisenbahnbau war andauernd gut mit Aufträgen versehen. Besonders in zwei großen schlesischen Betrieben wurden Lohnerhöhungen durchgeführt. (Reichsarbeitsblatt.)

### Soziale und gewerkschaftliche Mundschau.

#### Ein schwerer Schlag

Hat die deutsche Sozialreform betroffen. Graf Bosa-dowski, der Staatssekretär für Sozialpolitik hat sein Entlassungsgesuch eingereicht. Seine vielen heimlichen und offenen Gegner haben also doch endlich ihr Ziel erreicht. Die christliche Arbeiterschaft wird diese Nachricht mit dem größten Bedauern auf nehmen; besaß sie doch zu diesem Minister das rückhaltlose Vertrauen in der Steuerrück der deutschen Sozialpolitik. Als Nachfolger Bosadowskys wird der bisherige preussische Minister des Innern von Bethmann-Hollweg genannt. In der sozialpolitisch-fremdlich gestauten Presse wird der Rücktritt des Grafen im Worte mit Bedauern, aber auch der verdienten Anerkennung ausführlich behandelt. Zutreffend schreibt die Kölner Volksz. Nr. 541 u. a.:

„Mit dem Grafen Bosadowski tritt die, nach fast allgemeinem Urteil, weitaus bedeutendste Persönlichkeit des Gesamtministeriums zurück, der eigentliche Träger der Sozialreform, die er mit ungewöhnlichem Wissen und seltener Arbeitskraft gefördert, ein Staatsmann, der das größte Ansehen in allen Parteien genoss, auch bei denen, welche seine sozialpolitischen Anschauungen nicht teilten, ein ganzer Mann und untadeliger Charakter.“

Es war kein Mann des höfischen Parletts, kein Mann diplomatischer Intrigen, kein Minister, der den Mangel an Kenntnissen durch wohlgesetzte Phrasen verdeckte, kein Mann, der sich mehr im Salon als in der Arbeit erprobte, sondern einer, der nur der Arbeit für das Vaterland lebte, den man des Morgens um 8 Uhr sowohl wie sehr oft in der Nacht bei der Arbeit treffen konnte. Er hat daher vielleicht auch keine Zeit gehabt, oft vom Kaiser empfangen zu werden, denn man hat selten von einem solchen Empfang gehört. In dem weitesten Kreise des Volkes hat sich Graf Bosadowski durch seine sozialreformatorische Tätigkeit ein Denkmal dauernder als Erz gesetzt.

#### Einkommensverhältnisse in Rheinland und Westfalen.

Die höchstinteressante Statistik wird in Bezug auf die Einkommensverhältnisse in Preußen auf Grund der Steuerleistungen veröffentlicht. Die Steuerzahler sind eingeteilt in solche, die im Rechnungsjahr 1906/07 3000 Mk. Einkommen und mehr verdienen und solche, die weniger mit Steuern belastet sind.

Im ganzen Staat waren 4 672 429 Steuerzahler vorhanden, von denen 526 475 3000 Mk. und mehr an Einkommen bezahen, das sind 11,27 Prozent. Dieser Durchschnittsatz wird im Rheinland nicht erreicht, denn hier sind bei 1 013 627 Steuerzahlern nur 94 445 mit einem Einkommen von 3000 Mk. und mehr vorhanden, gleich 9,42 Proz. Im Regierungsbezirk Düsseldorf wird auch der Durchschnittsatz von 9,42 Prozent nicht erreicht, denn hier sind bei 588 196 Steuerzahler nur 47 404, das sind 8,11 Proz., vorhanden, die mit mehr wie 3000 Mk. veranlagt waren.

In Westfalen sind die Verhältnisse noch unangünstiger, nämlich sind dort nur 6,98 Proz. der Steuerzahler mit einem Einkommen von 3000 Mk. und mehr vorhanden.

In den rheinischen Großstädten ist das Verhältnis wie folgt:

Es hatten von sämtlichen Steuerzahlern ein Einkommen von mehr wie 3000 Mk. in

Düsseldorf	24,87 Proz.
Köln	22,27 Proz.
Bonn	21,83 Proz.
Aachen	20,25 Proz.
Münster	16,50 Proz.
M. Gladbach	16,41 Proz.
Krefeld	12,03 Proz.
Elberfeld	11,77 Proz.

Düsseldorf	11,48 Proz.
Mülheim (Rhein)	10,14 Proz.
Darmen	10,14 Proz.
Solingen	9,04 Proz.
Nemischeld	8,50 Proz.
Duisburg	7,07 Proz.
Essen	6,48 Proz.
Mülheim (Ruhr)	5,91 Proz.
Oberhausen	4,80 Proz.

Aus diesen Zahlen geht hervor, daß unserer engeren Industriebezirk sehr ungünstig gestellt ist, denn hier wird der Durchschnitt bei weitem nicht erreicht.

Wenn die Arbeiter und Kleinen Angestellten des Ruhr-Bezirks mit ihrer Lage unzufrieden sind und eine Verbesserung ihrer Lebenslage verlangen, kann man oft den Einwand hören, daß eine unberechtigte Unzufriedenheit vorhanden sei und daß der Begehrlichkeit der Massen entgegengetreten werden müsse. Vorstehende Zahlen dürften solchen Kritikern doch sehr zu denken geben.

Hochinteressant würde es sein, wenn die Behörden mit der Veröffentlichung der Zahlen noch einen Schritt weiter gehen und die Prozentzahlen der unter 3000 Mark in den einzelnen Stufen vorhandenen Zensiten mitteilen würden; dann würde sich die Tatsache ergeben, daß im Ruhr-Industrie-Bezirk zahlreiche Familien sich befinden, deren Einkommensverhältnisse geradezu sehr schlecht sind. Allerdings würde auch eine solche Statistik noch kein vollständig klares Bild ergeben, da bekanntlich die am schlechtesten entlohnten Arbeiter ihr Einkommen durch Ueberstunden und Ueberschichten zu verbessern suchen, ohne zu bedenken, daß sie hierdurch ihre Lage noch mehr verschlechtern und mit ihrer Arbeitskraft Raubbau treiben.

Vielfach hört man von den Kleinstlöhnen reden, welche die Arbeiter im rhein.-westf. Industriebezirk verdienen sollen; nun, wir geben zu, daß es gutgezahlte Arbeiter hier selbst gibt, doch darf das nicht Veranlassung geben, an diesen die Gesamtfrage der Arbeiter zu beurteilen. Hochgelohnte Arbeiter, daß heißt solche, deren Einkommen den Bedürfnissen entspricht, gibt es im Ruhr-Bezirk im Verhältnis zur Gesamtzahl nur wenige, sie sind Ausnahmen, und diese betätigten natürlich die Regel. Für die Gewerkschaftsbewegung gibt es im rhein.-westf. Industriebezirk noch eine Kleinarbeit zu leisten und die kann nur dann erfolgreich durchgeführt werden, wenn sich die nach tausenden zählenden unorganisierten Metall- und Hüttenarbeiter ihrer Berufsorganisation, dem christlichen Metallarbeiter-Verband anschließen.

#### Ein interessanter Vergleich.

In der Zeitschrift „Stahl und Eisen“, dem von Herrn Dr. Deumer redigierten Organ der Eisen- und Stahlindustriellen, findet ein Werk von Laquer, B.: Der Haushalt des amerikanischen und des deutschen Arbeiters. (Sammlung klinischer Vorträge. Nr. 430.) Leipzig, Breitkopf & Härtel. 0,75 Mk., eine Besprechung, die deshalb besonders interessant ist, weil sie in einem Unternehmernorgan steht. Da heißt es: „Der Verfasser, der zum Studium der amerikanischen Temperenzbewegung die Vereinigten Staaten besucht hat, unterzieht vom sozialhygienischen Standpunkte aus, vorwiegend an Hand statistischer Daten, die Lebenshaltung des amerikanischen und deutschen Arbeiters einem interessanten Vergleich mit folgendem Ergebnisse: 1. Der Arbeiter drüben braucht zu seiner Ernährung bedeutend mehr Fleisch, Mehl und Zucker, Gemüse und Früchte, dagegen erheblich weniger Brot und Kartoffeln als der deutsche; 2. im einzelnen kauft er die Nahrungsmittel nicht teurer; 3. seine Nahrung ist schmackhafter und reich an Eiweiß; 4. von den Gesamtausgaben des amerikanischen Arbeiters entfällt im Verhältnis auf die Nahrung fast dasselbe, auf die (durchweg geräumigere und bessere) Wohnung die Hälfte mehr, auf die Kleidung ein Geringses weniger und auf alle übrigen Ausgaben ein Viertel weniger als beim deutschen. Ferner weist der Verfasser nach, daß die deutsche Arbeiterfamilie drei bis viermal so viel für Alkoholausgaben wie die amerikanische und ihr Budget für diesen Posten mindestens um den Betrag beläuft, den die Amerikaner an sich mehr für Wohnung, Nahrung und Kleidung ausgeben.“ Dem fügt die Redaktion von „Stahl und Eisen“ hinzu: „Als beherzigenswerter Beitrag zur Alkoholfrage verdienen die Ausführungen des Verfassers namentlich auch in Industrietrieben Beachtung.“

Nicht nur als Beitrag für die Alkoholfrage, sondern auch zur Lohn-, Wohnungs- und Nahrungsfrage ist der Vergleich beherzigenswert für die Industriellen. Warum genießt der amerikanische Arbeiter mehr Fleisch? Warum hat er höhere und geräumigere Wohnungen als wir?

deutsche? Weil er eben die dafür notwendigen Ausgaben bestreiten kann! Das kann er aber nur, weil er höhere Löhne verdient als der deutsche Arbeiter. Wenn der Verfasser des besprochenen Buches Recht hat, daß die deutsche Arbeiterfamilie drei- bis viermal so viel für Alkohol ausgibt wie die amerikanische, dann ist das allerdings kein Ruhmesblatt für die deutschen Arbeiter und dann dürfte es zunächst im Interesse des Arbeiterstandes selbst liegen, dieser Volksvergiftung entgegen zu arbeiten. Interessant würde es allerdings auch sein, zu erfahren, wie hoch sich der Alkoholverbrauch der Bessersituierten in Deutschland gegenüber der gleichen Bevölkerungsschicht in Amerika stellt? Ob hier der Deutsche nicht noch schlechter abschneiden wird? Vielleicht findet sich auch einmal ein Volkswirtschaftler oder Temperenzler, der dieses näher untersucht und feststellt. Damit wollen wir jedoch den übermäßigen Alkoholgenuß in Arbeiterkreisen keineswegs entschuldigen, sondern werden nach wie vor diesen Dorn im Fleische des Arbeiterstandes mit allem Nachdruck bekämpfen.

#### Der Arbeitgeberbund von Ahlen.

Der in Nr. 24 unseres Organs unter diesem Titel erschienene Artikel hat anscheinend bei verschiedenen Herren in Ahlen große Ausregung verursacht. Aus der Offizin eines Rechtsanwalts ging uns folgendes Schreiben zu:

Ahlen i. W., 17. Juni 1907

An die Redaktion des „Der deutsche Metallarbeiter“ in Duisburg.

In Nr. 24 Ihrer Zeitung findet sich ein Artikel „Der Arbeitgeberbund von Ahlen“ überschrieben, der sich in der Hauptsache mit den hiesigen „Westfälischen Stanz- und Emailierwerken“ befaßt. Dieser Artikel strotzt von tatsächlichen Unrichtigkeiten und gibt durch die gehässige Form die Absicht der Beleidigung zu erkennen. Ich fordere Sie auf, die tatsächlichen Angaben, soweit sie geeignet sind, die genannte Firma zu diskreditieren, richtig zu stellen. Außerdem werde ich Ihnen in einem von mir einzuleitenden gerichtlichen Verfahren Gelegenheit geben, die Richtigkeit Ihrer Behauptungen nachzuweisen.

Hochachtungsvoll  
(Unterschrift unleserlich)  
Rechtsanwalt.

Wir bedauern, daß der Herr Rechtsanwalt leider die Hauptsache vergessen hat, nämlich uns anzugeben, was für „tatsächliche Unrichtigkeiten“ in dem Artikel enthalten sein sollen. So besagt das vorliegende Schreiben — abgesehen von seiner Schnelldigkeit — sachlich gar nichts. Ueber die Ansicht des anscheinend von der Direktion der Stanz- und Emailierwerke beauftragten Rechtsanwalts, daß unser Artikel in Nr. 24 „durch die gehässige Form die Absicht der Beleidigung zu erkennen“ gebe, wollen wir nicht mit ihm streiten, da er ja „außerdem“ das gerichtliche Verfahren ankündigt. Angesichts der letzteren Drohung verstehen wir auch nicht recht, was dann noch die Aufforderung zum Richtigstellen der tatsächlichen Angaben für einen Zweck haben soll, da dieses dann jedenfalls am einfachsten und objektivsten gleichzeitig vor Gericht geschehen kann. Die tatsächlichen Angaben über die Verhältnisse in den Westf. Stanz- und Emailierwerken — die uns von unsern Gewährsmännern übrigens nochmals vollauf bestätigt werden — müssen wir deshalb aufrecht erhalten und sehen den Dingen, die da kommen sollen, in aller Ruhe entgegen.

Daß die Direktion der Stanz- und Emailierwerke die Organisation der Arbeiter unterdrücken und wenn möglich vernichten möchte, geht aus einer neuerlichen Maßregelung hervor, die sich inzwischen den früheren angereicht hat. Und trotz alledem wird das schamlosmachende Vorgehen der Ahlener Unternehmer ein Schlag ins Wasser sein. Jetzt erst recht werden sich die noch menschenlosenen fernstehenden Metallarbeiter der Organisation anschließen und ihre Rechte gemeinsam zu verteidigen wissen.

#### „Die Gewerkschaften sind die Partei“

so erklärte auf dem diesjährigen Verbandstage des „freien“ Metallarbeiterverbandes in München der Verbandsvorsitzende Schick. Zur härteren Dokumentierung dieses Satzes wünscht in der sozialistischen Renten-Gesellschaft (Nr. 10) der sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete für Westfalen gleichzeitig Landesbevollmächtigter der dortigen Ortsverwaltung des sozialdemokratischen Gewerkschaftsvereins...

union der beiderseitigen Führer. Speziell für den von ihm vertretenen „freien“ Metallarbeiterverband verlangt er:

„Die größte deutsche Gewerkschaftsorganisation muß, wo es irgend angeht, in der Gesetzgebung vertreten sein, nicht aus den Gründen, welche die Verfechter der — Gott sei Dank — selig entschlafenen Theorien der „neuen“ Arbeiterpartei seinerzeit anführten, auch nicht in erster Linie, um die Erfahrungen im Verufe in der Gesetzgebung praktisch verwenden zu können, sondern um die ideale Kampfgemeinschaft zwischen Metallarbeiterverband und Sozialdemokratie auch äußerlich zum lebendigen Ausdruck zu bringen.“

Also nicht um die „Erfahrungen im Verufe“ zum besten der Metallarbeiter praktisch anzuwenden, verlangt dieser Obergenosse eine Vertretung der Metallarbeiter im Reichstag — das scheint diesen Patentarbeitsvertretern mithin Nebenfach. — sondern um die sozialdemokratische Verbrüderung des „freien“ (?) Met.-Verb. mit der antireligiösen, Klassenkämpferischen Sozialdemokratie zum Ausdruck zu bringen. Deutlicher hat noch selten ein „freier“ Gewerkschaftsführer es ausgesprochen, daß ihnen die wirtschaftlichen Interessen vollständig Nebenache sind, wenn nur die politische, rote Partei dabei auf ihre Kosten kommt. Unsere Mitglieder und alle Metall- und Hülsenarbeiter mögen sich diese Auslassungen recht gut merken.

### „Berliner“ Streikbrechereien.

Die Berliner Fachabteilungen begnügen sich beinahe nicht damit, den Streik als „Totfunde“ zu bezeichnen und damit die Arbeiter dem Scharfmachertum als wehrlose Lohnsklaven auszuliefern, sondern suchen sich auch noch bei etwaigen Streiks als Streikbrecherlieferanten dem Unternehmertum nützlich zu machen. Dafür legten sie kürzlich wieder ein drahtisches Zeugnis ab. Auf den Schlegeler Gruben und Neuroder Kohlen- und Tonwerken in Schlegien hatte die Werkleitung 14 Bergleute wegen ihrer Verbandszugehörigkeit gemahnt, weshalb etwa die Hälfte der Bergleute in den Streik trat. Die Berliner Fachabteilung begnügt sich nun nicht damit, daß sie sich nicht an dem Streik beteiligten, sondern sie organisierten auch einen gut funktionierenden Streikbrechernachweis, wie nachstehender Brief eines Berliner Arbeitersekretärs beweist:

Mag., den 27. Sept. 1906.

Mein lieber Freund!

Dein Wunsch kommt gerade zur richtigen Zeit. Wir haben nämlich gegenwärtig eine Lieferung von ca. 100 Leuten an die Schlegeler Grube und in dieser Woche schon stramm gearbeitet. Zum Werben kann ich eine freie Kraft zur Verfügung stellen. Natürlich muß die Direktion die schriftliche Erklärung geben, daß sie für die Aufwendungen aufkommt.

Die Direktion der „Neuroder Kohlen- und Tonwerke“ hat es schon getan!

Du weißt also, wie die Sache steht und warum es sich handelt. Ich bitte um baldmöglichste Antwort.

Mit herzl. Verbandsgruß

Dein Freund Straube.

Besten Gruß an Herrn Steiger! — Aber! daß die Sache nicht vorher zu den Ohren der „Noten“ kommt.

Die werden ohnehin fluchen, wenn sie von unserer Streikbrecherarbeit hören. Ueber die Neuroder Werke ist von den „Noten“ die Sperre verhängt! — Gruß. D. D.“

Folgender gedruckte Zettel war dem Schreiben beigelegt:

„Junge kräftige Leute,

welche Lust haben, sich dem Bergmannsstande zu widmen, können sich heute Abend von — bis — Uhr bei der unterzeichneten Kommission im — melden.

Die Kommission des Arbeitsnachweises der katholischen Arbeitervereine.“

Friboler ist wohl noch selten Arbeiterverrat betrieben worden, wie es hier von angeblich „überkatholischen Arbeiterfreunden“ geschieht. In den Augen eines jeden ehrlich denkenden Menschen ist eine solche Gesellschaft gerichtet. Es gibt keine parlamentarischen Worte, um ein solches Gebahren richtig zu kennzeichnen.

### Die „beleidigten“ Gelben.

Die Vorstandsmitglieder der ältesten gelben Gewerkschaft in Augsburg, des „Arbeitervereins vom Werk Augsburg“, Clemens Chatelet und sieben Genossen, haben gegen den verantwortlichen Redakteur unseres Verbandsorgans Beleidigungsklage angestrengt. Sie wollen sich durch einen Artikel in Nr. 5 unseres Organs in ihrer Ehre gekränkt fühlen. So empfindlich sind dieselben Leute, die den christlichen Arbeitern die vaterländische Gesinnung absprechen wollen, wie es Herr Clemens Chatelet in einer Versammlung im vorigen Jahre gewagt hat. So leicht fühlen sich Leute beleidigt, deren Wortführer und geistiger Leiter Dr. Pfeiffer die christlichen Arbeiter aufs schwerste provozierte, indem er sie mit dem Bauernburschen vergleichen wollte, der in einer Hand den Rosenkranz und in der andern Hand das Messer halte. So springen die Gelben und ihre Wortführer mit der Ehre ihrer Mitmenschen um, laufen aber selbst sofort zum Kadi, wenn das arbeiterschädigende und unwürdige System der gelben Gewerkschaften in derb-deutscher Sprache näher beleuchtet wird.

### Ein kleiner Vorgesmack vom Zukunftsstaat.

Vom Schöffengericht in München wurde der sozialdemokratisch organisierte Arbeiter Pressierer zu 14 Tagen Gefängnis verurteilt. Derselbe hatte einem christlich organisierten Kollegen eine schwere Kopfwunde beigebracht, weil er dem sozialdemokratischen Verbandsleiter beizutreten sich weigerte.

Am 17. Juni wurden wiederum in München drei sozialdemokratisch organisierte Bauarbeiter zu je einer Woche, zwei Tagen und einem Tag Gefängnis verurteilt, weil sie einem christlichen Arbeiter mit Gewalt die rote Zwangsjacke anziehen wollten und denselben mit Totschlag bedroht hatten. Als der mit einer Woche bedachte Obergenosse vom Richter gefragt wurde, warum er den christlichen Arbeiter mit einem Verbrechen des Totschlags bedrohte, antwortete dieser, dies habe er getan, nicht weil er christlich organisiert sei, sondern weil er „zuviel“ gearbeitet habe. Läßt tief bliden, würde Sabor sagen.

In Fürth wurde der Redakteur der sozialdemokratischen „Fürther Bürgerzeitung“ wegen Beleidigung des christlichen Kartellvorsitzenden Ulrich durch zwei Zeitungsartikel im bekannten zukunftsstaatlichen Sauerbrenton zu 25 Mk. Geldstrafe und für den zweiten Artikel zu einem Monat Gefängnis sowie sämtlichen Kosten verurteilt. Die rote Presse macht wegen des Urteils einen Riesenspektakel, sie kann es gar nicht begreifen, daß sie keine Schimpffreiheit mehr den christlichen Arbeitern gegenüber haben soll.

Am 4. Juni wurde in Bamberg ein Genosse vom Buchdruckerverband zu 50 Mk. Geldstrafe und den Kosten verurteilt, weil er dem 2. Vorsitzenden des christl. graphischen Verbandes im „Korrespondent“ unwahrerweiße vorgeworfen hatte, daß er „die traurige Rolle als Vermittler von Arbeitswilligen spiele, was ihm leider bei einigen Nachkollegen gelungen sei.“

Vor dem Schöffengericht in Kattingen wurde in vergangener Woche ein Mitglied des sozialdem. Bergarbeiterverbandes zu zwei Monaten Gefängnis verurteilt, der andersgestimmte Kameraden mit verwerflicher Gewalt in den roten Verband zwingen wollte und die nicht Willfährigen mit „Knochenkaputtsalagen“ bedrohte. — Eine nette Blütenlese aus allerleyer Zeit, die einen erschreckenden Blick in den Zukunftsstaat gewährt. „Freiheit“, verhülle dein Haupt!“

### Soziale Rechtsprechung.

#### Dürfen Frauen an einer öffentlichen Gewerkschaftsversammlung teilnehmen?

Zu dieser vielumstrittenen Frage fällt der erste Senat des Obergerichtes eine Entscheidung, die besonders für gewerkschaftliche Kreise von großem Interesse ist. Dem Entscheid liegt folgender Sachverhalt zu Grunde: Der Gauleiter des linksrheinischen Gaues des deutschen Textilarbeiterverbandes hatte beim Bürgermeister in Lobberich zum 29. November 1905 eine „öffentliche Versammlung für Arbeiter und Arbeiterinnen“ angemeldet. Die Anmeldung erfolgte auf einem Bogen mit dem Vordruck: „Deutscher Textilarbeiterverband — Linksrheinischer Gau.“ Der Bürgermeister teilte ihm mit, wenn Frauen an der Versammlung teilnahmen, hätte sie die Auflösung zu gewärtigen. Die Versammlung sei als Veranstaltung des deutschen Textilarbeiterverbandes anzusehen. Dieser aber wäre ein politischer Verein gemäß § 8 des preussischen Ver-

einsgesetzes, wonach Frauen den Versammlungen und Sitzungen solcher Vereine nicht beizutreten dürfen, wenn diese Zwecke, politische Gegenstände in Versammlungen erörtern.

Die Versammlung, die unter dem Vorsitz des Verbandsbeamten Reimes begonnen wurde, verlief ebenfalls, als man die Frauen nicht entfernte, der Auflösung. Reimes beschwerte sich vergeblich beim Landrat und auch beim Regierungspräsidenten zu Düsseldorf. Der Regierungspräsident erklärte, daß der deutsche Textilarbeiterverband im Gegensatz zu den Behauptungen des Beschwerdeführers als politischer Verein gemäß § 8 des Vereinsgesetzes gelten müsse.

Reimes klagte nunmehr gegen den Regierungspräsidenten beim Obergericht mit dem Antrag, die polizeiliche Befugung und die Auflösung für unzulässig zu erklären. Es wurde bestritten, daß es sich um eine Versammlung des deutschen Textilarbeiterverbandes handele. Es seien nicht bloß Mitglieder dabei gewesen. Indessen wäre das ja schließlich unerheblich, denn auf keinen Fall wäre der deutsche Textilarbeiterverband ein politischer Verein im Sinne des § 8, da hätte man sicher schon etwas gegen ihn unternommen, da ein solcher Verein auch Frauen nicht als Mitglieder haben dürfe. Der Textilarbeiterverband habe ab 15 000 weibliche Mitglieder, und nie und nirgend sei von den Behörden dagegen etwas unternommen worden.

Der erste Senat des Obergerichtes hat denn auch in seiner letzten Sitzung den Beschwerdebefehl des Regierungspräsidenten auf und erklärte die Verlangen des Bürgermeisters, keine Frauen in der Versammlung zu dulden, sowie die Auflösung selbst für unberechtigt.

Dieses Urteil steht im direkten Gegensatz zu einer Entscheidung des Kammergerichts Berlin, durch welche ein Urteil des Landgerichts Duisburg bestätigt wurde, das den christlich-sozialen Metallarbeiter-Verband als politischen Verein erklärte und der Ortsgruppe Iffebur die Aufnahme weiblicher Mitglieder untersagte. Die begetretenen Frauen erhielten zudem noch wegen Verstoßes gegen das Vereinsgesetz je 15 Mk. Geldstrafe zudiktirt. In diesem Wirrwarr des Vereins- und Versammlungsrechts geht die Notwendigkeit einer freizeitlichen Reform in aller Deutlichkeit wieder hervor.

#### Sind Streikversammlungen anmeldungspflichtig?

Eine bemerkenswerte Entscheidung fällt das preussische Kammergericht. Es handelt sich um die Frage, ob eine Versammlung von Arbeitern, die über einen Streik beraten wollen, polizeilich angemeldet werden muß, was bekanntlich bei allen Versammlungen zu erfolgen hat, in denen öffentliche Angelegenheiten erörtert werden sollen. Das Kammergericht hat nun entschieden, daß solche Versammlungen, in denen es sich nur um Streik und Streikorganisationen handelt, nicht unter den Begriff der mit öffentlichen Dingen sich befassenden und darum anmeldungspflichtigen Versammlungen fallen. Es kam bei dem Urteile eine Versammlung von Arbeitern einer Maschinenfabrik in Annen in Frage. In der Urteilsbegründung heißt es nach der Arbeitgeber-Zeitung:

„An sich berührt die Beratung darüber, ob die Arbeiter der genannten Fabrik wegen angeblich daselbst herrschender Mißstände in einen Ausstand treten sollten lediglich die privaten Interessen dieser Arbeiter. Der widerspricht auch nicht der von der Revision behauptete Umstand, daß durch einen wirklichen Ausbruch des Streiks Erwägung gezogenen Streiks die Gesamtheit des Gemeinwesens, das öffentliche Interesse wesentlich berührt werden könnten. Nur dann, wenn die Erörterung der Ausstandsfrage in einer Weise geschehen wäre, welche über die privaten Angelegenheiten der genannten Arbeiter hinaus sich auch auf allgemeine Gesichtspunkte, sei es sozialer wirtschaftlicher oder politischer Art, erstreckt hätte, wäre eine Versammlung mit der in § 1 des Vereinsgesetzes vorgeschriebenen Anzeigepflicht befallen. Nun hat aber die Strafkammer tatsächlich festgestellt, daß weder nach der in Aussicht genommenen Tagesordnung, noch nach der Absicht der Einberufer der Versammlung über die Interessen der betr. Arbeiter hinaus, Angelegenheiten öffentlicher Natur erörtert werden sollten und daß dann die Redner in der Versammlung und die Beratenden von der Tagesordnung nicht abgewichen sind. Gegenüber diesen ohne erheblichen Rechtsirrtum getroffenen Feststellungen können die Ausführungen der Revision keine Beachtung finden. Allerdings ist auch von der Strafkammer für erwiesen angesehen, daß den Arbeitern der Fabrik von Teilnehmern der Versammlung der Rat erteilt ist, einer Arbeiterorganisation beizutreten, um durch dem Unternehmer gegenüber im wirtschaftlichen Kampfe eine gefestigtere Stellung zu erlangen. Dieser Rat entsteht ohne weiteres eine Erörterung öffentlicher

Angenehmen, zweifelhaft könnte allerdings sein ob die ihm beigelegte Begründung über die privaten Interessen der genannten Fabrikarbeiter hinausging. Es kann das jedoch nicht angenommen werden, weil die Begründung sich ausschließlich der Ausführungen des angeführten Urteils nicht auf die Unternehmer im allgemeinen, auf das Unternehmertum, bezog, sondern lediglich auf den Inhaber der Maschinenfabrik, also einen bestimmten Unternehmer, mit welchem die Arbeiter der Fabrik einen wirtschaftlichen Kampf aufnehmen wollten. Die Angabe des für den Beitritt zu der Organisation maßgebenden Grundes berührte mithin ebenfalls nur die Privatinteressen der Arbeiter auf dieser Fabrik, nicht aber die Allgemeinheit.

### Streiks und Lohnbewegungen.

**Duisburg.** Den Arbeitern der Kupferhütte ist es durch die Organisation möglich gewesen, sich schon an wiederholten malen wesentliche Verbesserungen ihrer Verhältnisse zu erringen. Im vorigen Jahre wurden den Arbeitern bedeutende Aufbesserungen der zum Teil sehr niedrigen Löhne zu Teil, außerdem wurden eine Reihe sanitärer Reformen durchgeführt. In diesem Frühjahr traten die Arbeiter wiederum mit Forderungen an die Direktion heran, da die Verhältnisse noch manches für die Arbeiter zu wünschen übrig ließen, insbesondere auch mit Rücksicht auf die enorm teuren Lebensbedingungen in unserer mächtig aufblühenden und berückmten Industriestadt. Die Organisationen (hauptsächlich kommt unter christlicher Metalarbeiterverband, der die große Mehrheit hat, und der S.-D. Gewerksverein in Frage; außerdem waren einige polnisch- sowie freigeorganisierte Kollegen mitbeteiligt) gingen gemeinsam vor und nach längeren Verhandlungen wurden durch eine freigewählte Kommission die Forderungen eingereicht.

In der Hauptsache wurde verlangt: 1. Eine anderthalbstündige Mittagspause (bisher eine Stunde). — 2. Die Lohnzahlung vom Samstag auf den Freitag zu verlegen. — 3. Für Ueberstunden 25% und für Sonntagsarbeit 50% Zuschlag. 4. Genauere Angabe auf den Lohnböden, wie viel für Akkord- und wie viel für Stundenarbeit verrechnet ist. — Ferner wurden für die Handwerker, Schlosser, Schmelde, Scharner usw., deren Löhne bisher sehr verschleden und zum Teil äußerst niedrig waren, folgende Normierung des Stundenlohnes gefordert: Für die Gehülften unter 21 Jahren 45 und über 21 Jahre 50 Pfg. als Mindeststundenlohn. — Für Hilfskräfte über 21 Jahren 42 Pfg. — Die Lokomotivführer erhielten bisher für Ueberstunden nur 30 resp. 38 Pfg., während ihr regelmäßiger Stundenlohn 45 resp. 50 Pfg. betrug. Hier wurde zum wenigsten eine gleich hohe Bezahlung verlangt.

Diese Forderungen wurden schriftlich an die Firma eingereicht. Die Direktion der Kupferhütte, die stets den Arbeitern in gerechter Weise entgegengekommen ist, und ihre wirtschaftliche Gleichberechtigung objektiv anerkannt hat, trat sofort mit den vorgelegenen Kommissionen in Verhandlungen ein. Das Resultat derselben hat den Arbeitern wieder weitere Verbesserungen gebracht, wenn auch nicht alle vorgebrachten Wünsche erfüllt worden sind. Interessant war die Erklärung der Firma, daß sie ohnehin gerade im Begriff gewesen sei, die Löhne der Handwerker zu erhöhen. Die erste Forderung bezüglich der einundeinhalbstündigen Mittagspause wurde bewilligt. Gegen die Verlegung des Zahlungstages auf den Freitag machte die Firma technische und kaufmännische Bedenken geltend, die vorberhand noch nicht zu überwinden seien. Bezüglich des Zuschlages für Ueberstunden nahm die Direktion folgenden Standpunkt ein: In Zukunft sollen nur mehr in den äußersten Notfällen Ueberstunden oder Sonntagsarbeit gemacht werden. (Ist auch bisher eingehalten worden). Eine höhere Bezahlung derselben sei jedoch nicht angebracht, da sonst manche Arbeiter sich freiwillig zur Ueberarbeit heranzulassen würden, wie es tatsächlich schon bisher ohne sonderbare Begründung. Wer ist denn der verantwortliche und maßgebende Leiter des Betriebes? Hat denn die Betriebsleitung nicht selbst darüber zu bestimmen, ob einer Ueberarbeit leisten soll oder leisten darf? Die Gefahr eines freiwilligen Andranges zur Ueberarbeit kann doch von der Betriebsleitung sehr einfach hinweggeräumt werden. Das dürfte doch jedem klar sein. Andererseits ist dieser Umstand nicht gerade ehrenhaft für die Arbeiter und tatsächlich ist dieses ein wunder Punkt, nicht nur hier in dem Betrieb, sondern auch noch an vielen anderen Stellen. Diejenigen Arbeiter, die sich in unglaublicher Kurzsicht, "ist freiwillig zur Ueberarbeit heranzulassen, schneiden sich selbst und ihrem ganzen Stand ins eigene Fleisch. — Die Kommission der Arbeiter gab sich vorläufig mit der Forderung der Firma zufrieden, daß überhaupt keine Ueberstunden mehr gemacht werden sollen, abgesehen von besonderen Notfällen.

Die Forderung der Lohnart auf den Daten, wie viel Akkord- und wie viel Stundenlohn, soll fernerhin gemacht werden. In aber bisher noch nicht geschehen, wie in einer am 10. Juni stattgefundenen Betriebsversammlung mitgeteilt wurde. — Die schwierigste Frage war die geforderte Lohnerhöhung für die handwerksmäßigen Arbeiter. Die geforderten Sätze wurden von der Direktion nicht ohne weiteres zugelassen. Nach längeren Verhandlungen, die zwei Sitzungen in Anspruch nahmen, wurde eine Lohnerhöhung auf 48 resp. 44 Pfg. von der Firma bewilligt. Es konnte auch noch nicht erreicht werden, daß die Löhne in den verschiedenen Werkstätten in gleicher Weise festgesetzt wurden, vielmehr sind auch jetzt noch große Ungleichheiten vorhanden, die von den Arbeitern bitter empfunden werden.

In der schon erwähnten Betriebsversammlung am 10. Juni wurde über den Verlauf der Bewegung und die Zugeständnisse der Direktion Bericht erstattet. Die Kollegen waren sich darin einig, daß das Resultat nicht vollständig befriedigend könne. Unentschieden und maßlos seien die Wünsche der Arbeiter keineswegs gewesen und für die Firma sei es auch möglich gewesen, sie zu erfüllen, ohne sich selbst etwas zu vergeben oder sich zu schädigen. Vorberhand wolke man sich jedoch mit dem Erreichten zufrieden geben, aber nur im Hinblick auf das Sprichwort: „Aufgeschoben ist nicht aufgehoben“. Mit Recht wurde als Schuld an dem nicht ganz zufriedenstellenden Erfolg die Tatsache angeführt, daß noch ein großer Teil der Arbeiter von der Kupferhütte unorganisiert ist, was der Direktion sehr genau bekannt sei. Die Firma habe demgemäß ihre ganze Haltung eingerichtet. Das kann nur besser werden, wenn sich die noch fernstehenden Kollegen möglichst bald vollständig der Organisation anschließen würden. Dann würden zukünftige Bewegungen bessere Resultate erzielen.

Ein polnischer Kollege bemängelte, daß nur für die Handwerker und nicht auch für die ungelerten Arbeiter dieses Jahr eine Lohnerhöhung gefordert worden sei. Ihm wurde treffend erwidert, daß daran die ungelerten Arbeiter leider selbst schuld seien, weil sie sich trotz aller Mahnrufe nicht der Organisation anschließen wollen. Wo aber keine Organisation, kein Zusammenhalt ist, da haben Forderungen keinen Zweck und sind nur Schläge ins Wasser.

Aus dem Verlauf dieser Bewegung sollten alle Arbeiter der Kupferhütte doch endlich die Lehre ziehen, daß es ohne starke Organisation keine Besserung der Verhältnisse geben kann. Der christliche Metalarbeiterverband, der den Anstoß zu dieser Bewegung gegeben und auch die Führung in Händen hatte, hat hier wieder den Beweis erbracht, daß er die Arbeiterinteressen mit Entschiedenheit und Nachdruck vertritt und darum muß es für alle christlichen Metall- und Hüttenarbeiter heißen: Gleich in eure christliche Berufsorganisation, um Euch eine bessere Lage zu erringen.

### Tarifsbewegung in den Hof-, Wagen- und Automobilfabriken in München.

Der seit zwei Jahren bestehende Tarif in den genannten Branchen wurde von Seiten der Gehülften geändert, um an dessen Stelle einen neuen verbesserten Tarif zu setzen. Eine von beiden Organisationen (christlich-sozialer und freier Metalarbeiterverband) zusammengesezte Tarifkommission hatte einen neuen Tarif ausgearbeitet und den Wagenfabrikanten vorgelegt. Diese zeigten anfangs ein sehr geringes Entgegenkommen. Erst nach vier Verhandlungen kam es auf dem Einigungsamt unter dem Vorzuge des Gewerberichters Herrn Dr. Gehler zwischen den anwesenden Parteien, der Tarifkommission und dem Vertreter der Fabrikanten, Herrn Dr. Kulo, zu einem gütlichen Abschluß des neuen Tarifes.

Derselbe bedeutet besonders in Bezug auf die Lohnverhältnisse einen schönen Erfolg, da sämtliche Mindestlöhne heuer um 4 Pfg. und nächstes Jahr ab 1. Mai um 3 Pfg. erhöht werden. Ueberstunden von 6 bis 7 Uhr abends werden mit 25 pCt. Zuschlag bezahlt, sonstige Ueberstunden, Sonn- und Feiertagsarbeit werden mit 50 pCt. Zuschlag vergütet. Für Arbeiten über Land, b. h. außerhalb des Burgfriedens von München, werden die baren Anzeigen (Bergflegel, Uebernachten und Fahrt) vergütet und für die Arbeitsstunden ein Zuschlag von 50 pCt. ausbezahlt. Die Arbeitszeit ist eine neunstündige wie früher, nur ist an den Vorabenden der höchsten Festtage (Weihnachten, Neujahr) um 3 1/2 Uhr Werkstattschluß. Außer einer Reihe Verbesserungen zu Gunsten der Arbeiter ist besonders der Ablauf des Tarifes am 30. April 1909 hervorzuheben, weil gerade im April die günstige Geschäftskonjunktur zu verzeichnen ist.

Wir können mit den Erfolgen des neu abgeschlossenen Tarifes, der von beiden Organisationen unterzeichnet ist, wohl zufrieden sein, um so mehr, als dieses Resultat auf gütlichem Wege erzielt wurde: dabei er-

wächst aber auch für die Kollegen die Pflicht, an der Organisation festzuhalten und für deren weitere Stärkung Sorge tragen. Nur die Organisation wird das Erreichte für die Zukunft hochhalten und die gewissenhafte Durchführung der getroffenen Vereinbarungen garantieren können.

### Zur Aussperrung der Uhrenarbeiter im Schwarzwald.

Am Samstag, den 22. Juni, ist die angekündigte Teilaussperrung in den Orten Schramberg, Triberg, Bellingen, Schwenningen und Neustadt erfolgt. Der Kampf scheint also zu einer Kraftprobe zu werden und noch weiteren Umfang annehmen zu wollen. Für die der Organisation noch fernstehenden Arbeiter und Arbeiterinnen gibt es jetzt keinen anderen Weg, ihre Rechte zu verteidigen, als durch sofortigen Anschluß an die Organisation. Christliche Kollegen und Kolleginnen, deshalb hinein in den christlich-sozialen Metalarbeiterverband.

**Zur Beachtung.** Bei allen Lohnbewegungen ist jede Woche vor Beobachtungsfrist ein Bericht, wenn auch nur per Postkarte, über den Stand der Bewegung einzuweisen; andernfalls fällt die Warnung vor dem Zugzug fort.

**Schwarzwald.** Die Uhrenarbeiter sind ausgesperrt.

**Berzdorf.** Bei der Firma Colmann u. Comp. stehen die Arbeiter im Streik.

**Dinklage.** Bei der Firma Holthaus Differenzen wegen Maßregelungen. Aussperrung sämtlicher Arbeiter.

**Darmen.** Die Klempnergehilfen stehen im Streik resp. in Aussperrung.

**Gelsenkirchen.** Ueber die Dreherel und Schlosserei der Firma Gussstahl- und Eisenwerke vorm. Münscheld & Comp. ist die Sperr verhängt. Grund: Fortwährende Lohnabzüge und sonstige Mißstände.

Die Klempnergehilfen stehen in einer Tarifbewegung.

**Magdeburg.** Die Klempnergehilfen streiken.

**Dortmund.** Die Klempnergehilfen stehen im Streik.

**Wien.** In den Bestfälligen Stanz- u. Emaillewerken Differenzen wegen Maßregelung.

**Wien.** Die Kunst- und Bauschlosser der Firma Fritz Gielow, Köln-Braunsfeld, stehen wegen Nichterhalten des Tarifes im Streik.

**Mendenburg.** Im Stahl- und Walzwerk Ludorf bei Mendenburg haben infolge ausgebrochener Differenzen sämtliche Arbeiter die Kündigung eingereicht.

**Regensburg.** Die Spänglergehilfen stehen in einer Lohnbewegung.

**Wiesbaden.** Die Arbeiter der Wiesbadener Hütte, Maschinenfabrik und Eisengießerei, sind in eine Lohnbewegung eingetreten.

**Oberhausen (Hess.)** Ueber das Zinkhüttenwalzwerk Bille-Montagne ist die Sperr verhängt.

Zuzug ist fernzuhalten.

### Bekanntmachung.

Sämtliche Korrespondenzen, welche den Verband betreffen, sind nur zu adressieren: „An die Geschäftsstelle des christlichen Metalarbeiter-Verbandes, Duisburg, Seitenstraße 19“. Die Ortsvorstände und freigestellten Beamten sind gehalten, dieses strikte inne zu halten. **Wieder, Verbandsvorsitzender.**

Da die Beiträge immer für die kommende Woche im Voraus zahlbar sind, so ist für Sonntag, den 30. Juni der liebenundzwanzigste Wochenbeitrag für die Zeit vom 30. Juni bis 7. Juli 1907 fällig.

Die Ortsgruppen Eljennach, Osabrück, Regensburg, Schmeln, Bremerhafen, Lobtau, Hagen und Baals (Holland) erhalten hiermit die Genehmigung zur Erhebung eines Lokalbeitrages von 10 Pfg. wöchentl. Die Ortsgruppe Neumarkt (Oberpfalz) eines solchen von 5 Pfg. wöchentl.

Die Nichtbezahlung hat die Entziehung statutarischer Rechte zur Folge.

Die Zahlkarten zur Arbeitslosenstatistik sind in den Tagen vom 1.—4. Juli, also längstens bis Donnerstag nächster Woche einzuweisen. Von den Ortsgruppenvorständen wird erwartet, daß sie diese Arbeit gewissenhaft erfüllen und die Karten pünktlich einreichen. Das vorige Mal mußten eine Reihe saumseliger Vorstände noch besonders gemahnt werden, ehe sie ihrer Pflicht nachkamen. Das darf nicht wieder vorkommen. Jeder Vorstand hat seine Ehre darin zu setzen, diese wichtige Zahlung richtig und pünktlich zu erledigen.

Münberg. Mit Genugtuung denken wir zurück an die letzten Wochen, die uns um vieles vorwärts brachten. Vor 14 Tagen hatten wir erst eine Fabrikversammlung, in welcher Kollege Konrad das Verhältnis der Firma Baumann zu ihren Arbeitern einer näheren Beleuchtung unterzog. Samstag, den 8. Juni hatten wir, was wir schon lange wünschten, eine Referentin, Fräulein Maria Knorr aus Freiburg zu einer großen Volksversammlung gewonnen. Der Saal war bis auf den letzten Platz gefüllt und nach den einleitenden Worten erteilte der Vorsitzende, Kollege Gledzehrriehl, der Referentin das Wort zu ihrem Thema, welches hieß: Das weibliche Geschlecht als Fabrikarbeiterin, Gattin und Mutter. In einflussreicher Rede erläuterte die Referentin das Thema in musterwürdiger Weise.

Sie führte unter anderem folgendes aus: „Wenn ich als Arbeiterin zu Ihnen spreche, so ist es nicht zuletzt der Grund, weil hier eine Anzahl Arbeiterinnen beschäftigt sind, sondern weil wir gerade heute konstatieren müssen, daß die Arbeiterin, die Frau es ist, welche dem Arbeiter eine so schwere Konkurrentin im Arbeitsverhältnis ist. Nicht immer hat man der Frau als Fabrikarbeiterin gesprochen können; früher als man noch keine Maschinen kannte, konnte man auch keine Fabrikarbeiterin, da galt der Grundsatz: Die Frau gehört ins Haus. In der Zeit, wo das Handwerk in Verfall kam, von diesem Tage an sehen wir die Frau als billige Arbeitskraft, setzen wir auch die zerkümmerten Familienverhältnisse, zu denen auch viel die schlechte Ernährung beiträgt. In einem Orte Württembergs hält sich ein Fabrikant so an hundert Hunde, die Leute, welche die Hunde pflegen, erhalten 90—120 Pfennig Pflegegeld pro Tag und die Arbeiterinnen, die dort beschäftigt sind, kamen bei zwölfstündiger Arbeitszeit nur auf 80 Pfennig. Es befindet sich dort auch eine Aufseherin, die an einem anderen Orte, infolge ihres Lebenswandels, auf Drängen der Arbeiter und Bürger, Fabrik und Stadt verlassen mußte, was nur durch die Organisation möglich war. Diese Aufseherin läßt die Arbeiterinnen von der Organisation ab. Der deutsche Kaiser hat einmal ausgesprochen; daß der Arbeiterstand ein gleichberechtigter sein soll. Aber wir sehen heute noch nicht, daß dieses der Fall wäre, wir müssen deshalb unsere Gleichberechtigung selber erkämpfen. Arbeiten wir darauf hin, daß der Mann soviel verdient, damit die Frau wieder in die Familie zurückkehrt und wieder als Gattin und Mutter ihren Lebensherd ausfüllt. Haben wir dieses alles erreicht, dann können wir in Zukunft sagen: Sowohl unsere Verhältnisse haben sich gebessert. Arbeiten wir deshalb ohne Aufenthalt weiter für Gott und unser Recht.“

Mit diesen Worten schloß sie ihr Referat. Ein stürmischer Beifall durchküllte den Saal. In der Diskussion sprach Kollege Geier, Bezirksleiter des christlichen Metallarbeiterverbandes, der in humorvoller Weise den Fortgang in einer Emailfabrik zerlegt und im Hinblick auf die Löhne in anderen Städten, wo die Arbeiter nicht wie hier, 13 Mk. pro Woche, sondern 4—5 Mk. pro Tag verdienen, fordert er auf, sich dem christlichen Metallarbeiter-Verband anzuschließen. Kollege Dietrich weist darauf hin, daß die Referentin nicht wie die von gegnerischer Seite über anders organisierte und Religion losgezogen habe. Er beklagt, daß die Amberger Presse sich so wenig um die Arbeiterkassen kümmert und daß auch die Bürgerkassen auf die christliche Gewerkschaftsbewegung nicht gut zu sprechen ist. Kollege Konrad aus Nürnberg gibt der Versammlung einige Ergebnisse bekannt, die er kürzlich bei seiner Vorstellung bei der Firma Baumann gemacht hat. Er führt auch den Fall an, bei welchem einem Kollegen gekündigt worden ist, weil er bei der Firma vorstellig wurde, im Namen der Sägearbeiter, um Lohnaufbesserung. Man hat dem Kollegen bei der Kündigung den Vorschlag gemacht, wenn er weiter arbeiten will, so wird ihm sein Lohn um 2 Mk. reduziert. Man hat diesen Vorschlag wieder zurückgenommen und gesagt: Wenn er aus der Organisation austritt, erhält er 1 Mk. mehr Lohn wie bisher. Kollege Konrad fordert auf, der Organisation treu zu bleiben und soweit noch nicht organisiert, sich dem Verbande anzuschließen. Der Vorsitzende erteilte hierauf der Referentin das Schlusswort. Die Referentin ging noch auf verschiedene angeregte Punkte näher ein und schloß dann mit den Worten: Nicht Wohlthaten wollen wir, sondern unser gutes Recht.

Der Vorsitzende sprach der Referentin, sowie den Kollegen, welche in die Diskussion eingegriffen haben, den Dank der ganzen Versammlung aus und schloß mit einem brausenden Hoch auf die christlichen Gewerkschaften die Versammlung. Diese imposante Versammlung und ihr glänzender begehrender Verlauf muß für die christlichen Arbeiter und Arbeiterinnen Amberg's ein Ansporn sein, mit nie erlahmender Kraft und Ausdauer an dem Ausbau der christlichen Gewerkschaften zu arbeiten.

**Eisenach.** Unsere am 11. Mai 1901 im Ver- sammlungslokal „Zum Welmariischen Hof“ einberufene außerordentliche General-Versammlung, welche ziemlich stark besucht war, nahm einen sehr anregenden Verlauf. Nachdem der Vorsitzende die Versammlung eröffnet und das Protokoll der vorigen Versammlung verlesen war, gab selbiger die Tagesordnung bekannt, welche als Hauptpunkt einen Antrag auf Beitragserhöhung (resp. 10 Pfg. Lokalzuschlag) enthielt.

In erster Linie erhaltete unser Vorsitzender einen ausführlichen Bericht von der Bezirkskonferenz Hannover, welche wir zum erstenmale besichtigt haben. Selbiger gab uns ein klares Bild über die Verhandlungen. Ueber den Antrag betreff Erhöhung der Beiträge auf 60 Pfg. evtl. 10 Pfg. Lokalzuschlag, erhob sich eine eingehende Debatte. Nachdem unser Vorsitzender das für und wider eingehend auseinandergesetzt, daß die Zentralleitung von uns nichts mehr verlangt, sondern daß die 10 Pfg. pro Woche, zur Hälfte an den Bezirk, zur Hälfte der Lokalkasse verbleibe und nachdem auch noch der Kollege Putzner vom Holzarbeiterverband, welcher Vorsitzender des evangelischen Arbeitervereins ist, für den Antrag eingetreten, konnte über den Antrag des Vorsitzenden auf Einführung der 60 Pfg.-Marke pro 1. Juli abgestimmt werden. Die Abstimmung ergab, daß die Kollegen den Zweck voll und ganz erfaßt haben, indem der Antrag mit 19 gegen 2 Stimmen angenommen wurde. (Bravo! Red.) Leider hat auch der Beschluß eine ängstliche Seele ins Wackelhorn gejagt, indem sich ein Mann um 10 Pfg. wegen pro Woche abgemeldet hat. (Dieser Mann hat jedenfalls einen Grund gesucht, um sabienflüchtig zu werden. Der wäre auch ohne die Beitragserhöhung jedenfalls davon- gelaufen. Solche Mitglieder können wir entbehren. Red.) Mit einem dreimaligen Hoch auf die christlichen Gewerkschaften, schloß der Vorsitzende um 11 Uhr die so schön verlaufene Versammlung.

**Hildesheim.** In Nr. 25 der sozialdemokratischen Metallarbeiterzeitung vermischt der Leiter der hiesigen Zahlstelle desselben Verbandes eine Nichtigstellung jener Heldentaten zu erbringen, die wir in Nr. 22 unseres Organs zur Kenntnis der Öffentlichkeit gebracht haben. In dem betreffenden Artikel wurde dem verantwortlichen Leiter des „freien“ Verbandes der Vorwurf gemacht, daß mit seinem Wissen die Formier der Gießerei und Maschinenfabrik „Streikarbeit“ nach Nürnberg a. S. lieferten. Erschwerend wurde noch besonders betont, daß 1/4 sämtlicher dort beschäftigten Arbeiter, Mitglieder des sozialdemokratischen Verbandes seien.

Dies gibt dem freigestellten Lokalbeamten Herrn Jänisch nun Veranlassung, jene Tatsache so hinzustellen, als wenn sie wieder einmal die Realeblüten seien. D. hätte er doch geschwiegen, dann würde es ihm erspart geblieben sein, mit einigen nichtsagenden Nebenarten über den eigentlichen Sachverhalt hinweggehen zu müssen, dagegen unseren Kollegen dort Waffen in die Hände zu geben, die sie unbedingt ausnutzen werden. Zunächst bestätigt der Beamte, daß jener so oft beschränkte Ausspruch in einer „freien“ Metallarbeiterversammlung: „Die Christlichen müssen wir an die Wand drücken, daß sie quitschen“, doch wahr ist, denn er spricht unserer Zahlstelle jede Bedeutung ab. Jedoch lehrt die Erfahrung und wird auch durch die fernere Schreibweise bestätigt, daß man in jenen Kreisen genau die Bedeutung der christlichen Organisationen kennt und sich die Finger wund geschrieben hat, ihnen jede Bedeutung anzusprechen.

Bei allen Umständen, die man zur Anwendung brachte, gelang es aber nicht. Im Gegenteil wurden hierdurch die Arbeiter auf das Gebahren jener Holden aufmerksam gemacht. Ferner wird dort auf die Formierbewegung des Jahres 1900 hingewiesen, welche bedeutende Vorteile den Arbeitern gebracht haben soll. Uns sind jedenfalls keine Vorteile bekannt, aber auch die Arbeiter haben von derartigen Vorteilen absolut noch nichts gemerkt, es müßte sonst sein, daß wir die Bedingungen über den Ausschuss eines Stückes auch bei dem Streik der Firma Senting annehmen mußten, welcher die Kommission der Arbeiter auch jetzt noch nicht zur Festsetzung des Ausschusses zuläßt. Da von Vorteilen zu reden, bringt eben nur der Lokalbeamte Jänisch fertig, um die hohen Streikausgaben zu rechtfertigen.

Ferner sollen es Verleumdungen sein, wenn wir schreiben, daß dort Streikarbeit mit Wissen des Lokalbeamten Jänisch gemacht worden ist. Jedenfalls wird es ihm nicht gelingen, diesen Vorwurf mit derartigen Geschreibsel abtun zu können; Zeugen können wir ihm gern vor Gericht angeben und wir sind auch bereit, diesen Beweis anzutreten. Mit Wissen der Beamten ist dort Streikarbeit geliefert worden, man wußte sofort, daß die Solergänge „Nürnberg Solergänge“ waren, man erfuhr auch die Adresse des Eisenhändlers in Nürnberg, an welchen die Streikarbeit abgehandelt worden ist. Gerade so rasch wie uns diese Mitteilung zugeing, wurde auch der Lokalbeamte Jänisch hiervon durch seinen Vertrauensmann benachrichtigt. „Man muß hier sehr vor-

sichtig sein, wurde ihm geantwortet, um genau den Tatsachbestand feststellen zu können.“ Wiederholt ist der Vertrauensmann bei seinen Beamten gewesen, er befragte immer die Antwort „es ist von Nürnberg, noch kein Antwort da“. Drei bis vier Wochen soll eine Antwort ausbleiben, in solchen dringenden Fällen; das Herr Jänisch ist jedenfalls ein recht starkes Stück. Wenn wir das glauben sollen, müssen wir unbedingt die laue Geschäftsführung der dortigen Kollegen verurteilen.

Wenn eine Kommission vorstellig geworden sein sollte, dann aber jedenfalls in den ersten drei bis vier Wochen nicht; das war den doch eine recht lange Frist zur Feststellung von Tatsachen. In dem Artikel der Metallarbeiter-Zeitung wird ein Ausspruch von mir über die Klemmerbewegung, als Verrat an der Sache des Arbeiterstandes hingestellt. Ich habe nun wahrlich keinen Grund zu kreisen, wie der Lokalbeamte Jänisch gelegentlich seines Ausspruches nach einer Mitgliederversammlung unserer Zahlstelle, dort behauptete derselbe freich zu sagen, daß wir unsere Mitglieder aufforderten, bei ein- geht um 6 Uhr zum Belichten und der andere um 7 Uhr. Hier wurde gräßlich gelogen und der Beamte erbot sich die Beweise innerhalb acht Tagen zu erbringen. Trotz der Aufforderung meinerseits, hat derselbe es bis heute noch nicht für notwendig gehalten, diese Beweise anzutreten und muß daher jenen Vorwurf der Lüge und Verleumdung auf sich sitzen lassen.

Bei der Klemmerbewegung spielte es gerade so um die Feler des ersten Mal als wie bei der Formierbewegung. Den Formiern hatte man in nicht mehr nichternem Zustande jenes Versprechen, den Tag zu selern, abgenommen. Nun war man der Meinung, durch die Klemmer den Rücken decken zu können. Dies gelang aber nicht infolge der korrekten Haltung unserer Kollegen. Ob nun gerade dadurch die Interessen der Arbeiter vertaten worden sind, vermögen wir mit den besten Willen nicht einzusehen, denn besonders an dem Verhalten der Berliner Metallarbeiterkassen, welche auch zu 4000 den Beschluß faßten und nachher hingingen und arbeitete; und an dem diesjährigen Verhalten der Hildesheimer Genossen, kein Mühschen mühten sich, es wurden sogar Ueberstunden gearbeitet. Da muß einem doch wohl einleuchten, welcher Weg der richtige war, um die Arbeiter vor Schaden zu hüten. Wir haben noch eine teilweise Lohnerhöhung durchgeführt, wie im Artikel bestätigt wird während die Formier leer ausgingen, noch dazu ihre Stellung verlustig gingen. Daher auch der Schmerz sowie die Verdächtigungen, die der Haß und die Wut nur hervorrufen konnte.

„Die Verhandlungen verliefen resultatlos“ heißt es in einem kurzen Satze, man hätte schreiben müssen: „die Dumm- und Anlerutscherlei war zwecklos“, trotz aller Mühe, welche man sich an beiden Stellen hingab, selbst die Herren „Ober“-Genossen sollen ja „Tränen“ geweint haben! Die Leute waren alsdann nicht ausgeschlossen, sondern sind sofort in unseren Verband übergetreten, als man sie der Form halber, um die Einigkeit zwischen Partei und Gewerkschaft nicht zu stören, herauswarf, hatten dieselben schon längst dem „neutralen“ Metallarbeiterverband den Rücken gemendet.

Weiter sollen wir den Herrn Jänisch fragen, wann wir es für notwendig halten, unsere Flug- und Aufklärungsschriften auszubreiten. Auch in Zukunft werden sich unsere Kollegen nicht daran stören, auch während eines Kampfes nicht, mit Aufklärung über die Organisation den indifferenten Kollegen die Augen zu öffnen, besonders wenn der freigestellte Lokalbeamte des „neutralen“ Metallarbeiterverbandes den „Vollswillen“ vor den Türen der Fabriken verbreiten muß. Die weitere Behauptung, daß wir unsere Hände zu irgend welcher Denunzierung von Kollegen gebraucht habe, weise ich entschieden zurück und erkläre den Schreiber als einen Verleumder, solange er es ablehnt, hier Namen zu nennen und diese Sache mit unserer Organisation in Verbindung bringen will.

Wenn derselbe ferner behauptet, ich hätte 85 Pfg. pro Stunde verrechnet und es wären Abfordabzüge gemacht, so fordere ich hiermit den Herrn Jänisch auf, hiermit den Wahrheitsbeweis unbedingt anzutreten, wibrigensfalls ich denselben hiermit öffentlich als Verleumder hinstelle. Heraus daher mit den Tatsachen!

In übrigen beweisen gerade die Schlussätze, wo genannter Beamter Jänisch zum persönlichen Teil übergeht, wie tief er und die von ihm vertretene Richtung durch meinen aufklärenden Artikel getroffen sind. Hierauf noch näher einzugehen, halte ich für überflüssig, da der Schreiber ja genau weiß, unter welchen Umständen mir jene Heldentaten zugeführt wurden; derartige Sachen noch 5 Jahren noch an die Öffentlichkeit zerren, bleibt jedenfalls allein jenen Helben überlassen, um ihre eigenen Schandtaten zu verdecken. Dem Urheber traf ja die Strafe, daß er wegen Diebstahl einige Jahre später selbst entlassen wurde.

Nach ausführlicher Schilderung jener schwächlichen Tat ist es nicht schwer für den Metallarbeiter, zu erkennen, welche Organisation die Interessen der Arbeiter am besten vertritt. Jeder stelle daher seine ganze Kraft in den Dienst der christl. Gewerkschaftsbewegung, wirke und agitiere für den christl. Metallarbeiterverband.

Jos. Leupke-Essen.

**Düsseldorf.** Als Hauptpunkt der am 2. Juni stattgefundenen Mitgliederversammlung, stand die Beitragserhöhung auf der Tagesordnung. Kollege Reus hatte das Referat übernommen. Derselbe führte kurz aus: Bei der Gründung unseres Verbandes hatten wir geglaubt, mit geringen Beiträgen die Verbesserung der Arbeiterlage zu erreichen. Die Unternehmer standen damals nicht als geschlossene Masse zusammen, sondern der eine sah in dem anderen nur seinen Konkurrenten. Unter diesen Umständen war es für den Arbeiter leichter, bei genügender Stärke der Organisation Vorteile zu erringen. Zwischen haben die Unternehmer das Nachteilige dieses Tuns eingesehen und die Folge davon war das Bestreben, nun auch starke Arbeitgeberverbände ins Leben zu rufen, welche den Verbänden der Arbeiter bei Differenzen entgegentreten sollen. Allein nicht nur zur Abwehr traten sie zusammen, sondern schon bald gingen sie dazu über, direkte Angriffe auf die Arbeiterrechte, wie Koalitionsrecht usw. zu machen. Neben führte als Beispiel die große Aussperrung der Metallarbeiter in Bayern, der Holzarbeiter, Bauhandwerker, Schneider, Maler und Anstreicher in ganz Deutschland, die großen Kämpfe in Burbach und Laufen (Rote Erde), sowie gegenwärtig in Barmen und Offenbach an. Referent zeigt, wie die Unternehmer an der Arbeit sind, die Worte eines Tille: „Menschenrechte gehören in die Rumpelkammer“, in die Tat umzusetzen. Die Gewerkschaften sollten vernichtet und dann auch hier Zustände geschaffen werden, wie sie dort herrschen, wo keine, oder nur schwache Organisationen bestehen z. B. Schlesien, Ost- und Westpreußen. Hiergegen müssen die Arbeiter mit aller Macht Front machen.

Alle anderen Stände, wie Bauern, Bürger usw. haben schwere Kämpfe für ihre Rechte geführt, Gut, Blut und Leben für dieselben geopfert. Auch der Arbeiterstand geht einen schweren Kampf entgegen und wenn in unserem Zeitalter auch das Leben des Einzelnen nicht mehr gefordert wird, so muß er aber dennoch bereit sein, für die Interessen seines Standes Opfer zu bringen. Diese Opfer bestehen in erster Linie darin, daß er seiner Organisation die Mittel bewilligt, welche dieselbe zur Durchführung dieser Kämpfe braucht. Diese Opfer sind klein im Verhältnis zu den hohen Zielen, welche sich die christlichen Gewerkschaften gestellt haben.

Andererseits hat aber auch unser Verband seiner Zeit Rechnung tragend, ein weitausgebautes Unterstützungswesen eingeführt. Von diesen hat die Krankenunterstützung allein für Düsseldorf seit dem 1. Januar bis heute über 800 Mark gefordert. Was wird die Arbeitslosenunterstützung bei Eintreten einer schlechten Konjunktur fordern? Alles dieses drängt uns dazu, unsere Beiträge schon jetzt zu erhöhen und für die Zeit der Not zu sorgen. Referent zeigte, wie wir in den letzten Jahren unsere Beiträge immer wieder um ein kleines erhöhten und wir dadurch zu keiner Ruhe in unserer Zahlstelle kamen. Um nun für die Zukunft mit Ruhe arbeiten zu können und das Geipens einer Beitragserhöhung zu hannen, stellte Kollege Reus den Antrag, den Beitrag ab 1. Juli auf 70 Pfg. festzusetzen.

Die Diskussion war eine sehr lebhafte und sprach sich ein Teil der Kollegen dafür aus, ein anderer Teil wollte wohl selbst den Beitrag zahlen, glaubten aber im Interesse anderer Kollegen gegen eine Erhöhung auf 70 Pfg. sprechen zu müssen. Merkwürdig ist es, daß bei jeder Beitragserhöhung der große Andere ins Feld geführt wird, dieser Andere sich aber selbst nicht meldet. (So machen es die Drückeberger überall. Red.) Kollege Reus wies im Schlußwort die einzelnen Bedenken, welche gegen eine Erhöhung geltend gemacht wurden, zurück und zeigte, wie Holzarbeiter, Bauhilfsarbeiter usw. schon lange diese Beiträge zahlen und ersuchte die Kollegen, dem Antrage zuzustimmen. Darauf wurde derselbe bei der Abstimmung mit großer Majorität angenommen. (Bravo! München und Düsseldorf haben den übrigen Ortsgruppen ein schönes Beispiel gegeben. Red.)

Kollegen! Durch diese Abstimmung habt ihr bewiesen, daß die Opferfreudigkeit auch in unserer Zahlstelle noch herrscht. Zeigt die aber nicht allein durch Beitragserhöhungen, sondern auch dadurch, daß ihr die Versammlungen fleißig besucht und ganz besonders dadurch, daß ihr überall unter Arbeitskollegen und in Freundeskreisen für unseren Verband agitiert; auf daß unsere Zahlstelle immer mehr blühe, wachse und vorwärts schreite.

**Schneuried (Württemberg).** Unsere Ortsgruppe beginnt sich allmählich von dem Rückschlag

wieder zu erholen. Langsam aber sicher beginnt der Gedanke der Organisation sich Geltung zu verschaffen und die Kollegen sehen allmählich ein, daß ohne Organisation nicht gut etwas erreicht werden kann, besonders seit in dem königl. Hüttenwerk ein Arbeiterausschuß existiert. Die Arbeiterschaft war mit der Art und Weise der Errichtung desselben nicht einverstanden, deshalb nahm unsere Ortsgruppe die Angelegenheit energisch in die Hand und der Erfolg blieb nicht aus.

Eine von der Gewerkschaft einberufene Werksversammlung, an der auch einige Knappschaftsälteste teilnahmen, hatte den Erfolg, daß die seither als Knappschaftsältesten gewählten freiwillig zurücktraten, um einem Arbeiterausschuß im Sinne der Arbeiterschaft Platz zu machen. Bei der darauf folgenden geheimen und direkten Wahl wurden zwei organisierte Kollegen (von 4 zu wählenden) mit der höchsten Stimmenzahl gewählt. (Der 3. hat seinen Beitritt in nächster Zeit in Aussicht gestellt, so daß die organisierten Arbeiter im Ausschuß die Mehrheit haben). Die Wahlagitator unter den Kollegen wurde von den Organisierten intensiv betrieben, daher das erfreuliche Ergebnis, daß von den vier von unserer Seite vorgeschlagenen drei gewählt wurden. Der vierte kam durch das Los in den Ausschuß, weil derselbe die gleiche Stimmenzahl mit dem von unserer Seite vorgeschlagenen hatte. Der Arbeiterausschuß hatte bereits die erste Sitzung abgehalten und im Laufe eines Beamten von der Kgl. Bergdirektion die Wünsche der Arbeiterschaft vorgetragen und in den meisten Fällen eine zusage Antwort erhalten.

Nun Kollegen von Schneuried gilt es, daß das Versprechen auch in Erfüllung geht, nicht, daß es, wie schon mit manchem früheren Versprechen geht, und nicht eingehalten wird. Zeiget, daß ihr willens seid, mit Nachdruck darauf zu drängen, das Versprochene zu erhalten. Das aber geschieht nur dann, wenn ihr dem christl. Metallarbeiterverbände beitrete und das kleine Opfer nicht scheut, welches erforderlich ist. Hintweg mit aller Kleinigkeitstrümelei, seid Männer der Tat und organisiert euch und ihr werdet die Verbesserung eurer Lage bald mit Befriedigung am eigenen Leibe wahrnehmen.

**Aus Oberschlesien.** „Die bösen Christlichen.“ Diesen Ruf hört man in Oberschlesien in der letzten Zeit bei den Führern der verschiedenen Arbeitervereinigungen. Ebenso, wie man denselben bei den verschiedenen Werksbeamten zu hören bekommt. Sind es doch die bösen Christlichen, die durch ihre zühige Arbeit und aufklärere Tätigkeit die Konkurrenzorganisationen zur energischen Arbeit zwingen, wollen diese nicht ihre Mitglieder verlieren. So hat auch der Regulator aus Oberschlesien in letzter Zeit (Nr. 22) von Lohnbewegungen und Erfolgen berichtet. Nur ist es merkwürdig, daß, ehe sich die bösen Christlichen in Oberschlesien bemerkbar machten, in allen Wärsen Ruhe war. Doch halt, Arbeitergefangenere hat es gegeben und die H.-D. Gewerksvereine haben alle Jahre große Feste gefeiert, Fahrtenweihen abgehalten und dergl. Doch auch etwas! Und jetzt ist diese Grabesruhe durch die bösen Christlichen gestört. Grund genug, dieselben zu verpöhlen. Und dies wird auch nach Herzenslust gemacht.

Die Werksgehaltigen, sprechen auch vor Maßregelung christlicher Metallarbeiter nicht zurück. So hat man auch in Gleiwitz auf dem Hüttenwerksfest zur Maßregelung zweier Kollegen gegriffen. Der Assistent Urban hat dem zweiten Vorsitzenden unserer Ortsgruppe dajelbst gelündigt, mit der Begründung, daß der Kollege deshalb entlassen würde, weil er dem christlichen Verbände angehört und weil er auch agitiere. Auf den Einwurf des Kollegen, was die Verbandsangehörigkeit denn mit seiner Kündigung zu tun habe, da der Verband doch nichts gezeigert unerschlaubtes sei, erklärte Herr M.: „ich war auch einmal, als ich in der Schweiz war, im Verbande, (im freien? D. Einjender), aber ihr Verband ist viel schlimmer als der sozialdemokratische. Wenn sie sich durchaus organisieren wollen, dann gehen sie doch in den H.-D. Gewerksverein.“ Auf die Erwiderung unseres Kollegen, was er denn dort solle? da doch dort kein Verbandsmitglied jener sei, daß es wegen kritischer Äußerungen oder Beschwerten, die dort vorgebracht wurden, aus der Arbeit entlassen würde, da dort im Verbande und als Mitglieder Beamte seien, wie er aus Erfahrung wisse, erwiderte Herr M. „und aus dem christlichen Verbände dulden wir keinen im Betrieb.“

Nun Kollegen von Gleiwitz und Oberschlesien! Werkt ihr was? Ihr sollt wieder aus dem christ-

lichen Verbände heranz, damit die alte Friedhofsruhe wieder einziehe und damit man wieder weiter die Oberschlesischen Metall- und Hüttenarbeiter aussaugen kann. Ziehet den allein richtigen Schluß, indem ihr euch in Massen dem christlichen Metallarbeiterverbände anschließt. C. P.

### Sterbetafel.

**Münster.** Am 14. Juni starb unser Kollege Karl Bürger an Lungenschwindsucht im Alter von 36 Jahren.

**Osnabrück.** Unser Kollege Karl Dvock ist am 20. Juni im Alter von 29. Jahren am Typhus gestorben.

**Burbach.** Am 14. Juni starb unser Mitglied Nikolaus Michels im Alter von 21 Jahren an Lungenentzündung.

**Brebach (Saar).** Unser Kollege Johann Nielaus ist infolge eines Unfalles auf dem Heimweg von der Arbeit gestorben.

Chre ihrem Andenken!

**Ortsverwaltung W. Burbach (Saar) Wöllingen u. Dous.** Die Adresse des Lokalbeamten ist: Peter Väder, W. Burbach (Saar) Burbacherstraße Nr. 4. Geschäftsstunden: 1. Für alle Meldungen Rechtschutz und dergl. Montags, Mittwoch und Freitag, jede Woche, morgens von 11—1 Uhr. 2. Für Auszahlung aller Gelder und Unterhaltungen, Samstags jede Woche morgens von 11—1 Uhr. Diese Stunden sind für Mitglieder bestimmt in allen Angelegenheiten. 3. Für Vertrauensleute: 1. Zur Abrechnung Mittwoch morgens von 11—1 Uhr und nachmittags 5—7 Uhr. 2. Empfangnahme von Zeitungen (und Abrechnung) Freitags von 11—1 Uhr morgens und von 8—8 Uhr nachmittags u. Samstags von 6 1/2—8 Uhr morgens. Die Kollegen werden gebeten, im Interesse einer geordneten Geschäftsführung, diese Geschäftsstunden genau einzuhalten.

### Versammlungs-Kalender.

**Adershof.** Sonnabend, den 29. Juni Mitgliederversammlung, Ablergestell, „Zur Schm. Adler“.

**Bochum.** Sonntag, den 30. Juni, nachmittags 3 Uhr bei Fuppert, Alleestraße.

**Böckolt.** Am 30. Juni, morgens 11 1/2 Uhr, Mitglieder-Versammlung mit Vortrag. Es ist Pflicht pünktlich zu erscheinen.

**Botropf.** Sonntag, den 30. Juni, nachm. 3 1/2 Uhr bei Krogemann.

**Burbach.** Samstag, den 29. Juni, abends 7 1/2 Uhr Mitgliederversammlung im Bahnhof. Wichtiges Referat. Kollegen erscheinen pünktlich.

**Dortmund.** Sonntag, den 30. Juni, nachmittags 5 Uhr im Gewerkschaftshaus zu Dortmund, Edtgebäudestraße 7 Bezirkskonferenz der Ortsgruppenverbände des engeren Bezirks Dortmund.

**Dortmund (Kleinewerde).** Montag, den 1. Juli, abends 9 Uhr Versammlung im Gewerkschaftshaus.

**Dortmund (Hahlstraße).** Samstag, den 6. Juli, abends 9 Uhr im Gewerkschaftshaus Mitglieder-Versammlung. Sonntag, den 7. Juli bei Weg, Dorfsteinerbrücke, Mitglieder-Versammlung.

**Düren.** Sonntag, den 7. Juli fällt die Mitgliederversammlung aus und findet dieselbe Sonntag, den 14. Juli statt. — Vom 1. Juli ab finden jeden Freitag, abends von 6 Uhr ab Geschäftsstunden im Lokale Johr, Mülsdorf statt. Die Kollegen werden gebeten, dieselben zahlreich zu besuchen.

**Essen-Ortsverwaltung.** Sonntag, 30. Juni, vorm. 11 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Sitzung der Sektionsvorstände.

**Essen-Dellwig.** Sonntag, 30. Juni, abends 6 Uhr bei Hofstatt.

**Glückbeck.** Sonntag, 30. Juni, nachm. 4 Uhr, im christl. Gewerkschaftshaus Worspoh.

**Gelsenkirchen-Neustadt.** Sonntag, den 30. Juni, vorm. 11 Uhr Versammlung mit Vortrag bei Masius, Bochumerstraße.

**Hattingen.** Mittwoch, den 8. Juli, abends 8 1/2 Uhr bei Hammer.

**Herne.** Samstag, den 29. Juni, abends 8 1/2 Uhr bei Stemborg.

**Hörde.** Samstag, den 29. Juni, abends 8 1/2 Uhr bei Janis, Chausseestraße, Mitglieder-Versammlung. Vortrag des Bezirksleiters Kollegen Breil.

**Kölnen.** Sonntag, den 30. Juni, morgens 11 Uhr bei Böwmann Versammlung.

**Kenningen.** Sonntag, den 30. Juni, Mitglieder-Versammlung im Lokal Girjch, Anfang 1/4 Uhr. Alle erscheinen. Unorganisierte mitbringen.

**Münsterberg.** Sonntag, den 30. Juni von nachm. 6 Uhr an bei Kollege Georg Biesebach, Restaurant „Regensburger Hof“ Regensburgerstraße 36. — Die Wohnung des 2. Vorsitzenden Kollegen Schäg ist vom 1. Juli ab Wilhelmstraße 27 II.

**Niesberg.** Am 29. Juni (Peter und Paul) vorm. 11 Uhr, bei Wilhelm-Kopf, Versammlung. Referent Bezirksleiter Weinbrunn.

**Ober-Schönweide.** Sonnabend, den 13. Juli abends 8 Uhr bei Herrn Ulrich Mitglieder-Versammlung mit Vortrag.

**Paderborn.** Abfahrt zur Agitations-Versammlung in Alten-Ehlen am 29. Juni (Peter und Paul) nachm. 2.31 Uhr. — Unsere Versammlung ist am 7. Juli, vormittags 11 Uhr. Vortrag eines Kollegen aus Duisburg. Unorganisierte mitbringen.

**Stegen.** Monatsversammlung am 4. Samstag im Monat bei Wit Demant, Rarburgertor.

**Vaal (Holland).** Sonntag, den 30. Juni bei August Hamer. Kein Mitglied fehlt. Unorganisierte Arbeiter mitbringen.

**Weitmar.** Sonntag, den 30. Juni, nachmittags 3 Uhr bei Biedermann, Kohlenstraße.

**Witten.** Sonntag, den 30. Juni, abends 8 Uhr Versammlung mit Vortrag. Eine halbe Stunde vorher Vorstandssitzung.

### Feilenhauer

nach Köln gesucht. Zu melden bei Georg Döring, Köln, Friesenwall 110.